

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2017/200749]

**19. JANUAR 2017 — Erlass der Regierung zur Abänderung verschiedener dienst- und besoldungsrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 §§ 1 und 3, ersetzt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. September 2012 zur Abänderung des Erlasses vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des gemeinschaftlichen und regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREm) und des Erlasses vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Oktober 2016;

Aufgrund des Protokolls Nr. S7/2016 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. November 2016;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 10. November 2016;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 60.493/3 des Staatsrates, das am 22. Dezember 2016 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates vom 8. März 2010 zur Durchführung der von BUSINESS-EUROPE, UEAPME, CEEP und EGB geschlossenen überarbeiteten Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

**KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 27. DEZEMBER 1996 ZUR ORGANISATION DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN**

**Artikel 1** - Artikel 3 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Juli 2003, wird wie folgt ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 erfolgt eine Einstellung unter Arbeitsvertrag:

1. um einen Beamten während der vorübergehenden voll- oder teilzeitigen Abwesenheit zu ersetzen;
2. um den Personalbedarf jeglicher Art zu decken, bis im Hinblick auf die Besetzung von Beamtenstellen die entsprechenden Auswahlverfahren organisiert und abgeschlossen werden;
3. immer zur Erfüllung der nebengeordneten oder spezifischen Aufgaben, die von der Regierung festgelegt werden.»

**Art. 2** - In Kapitel I Abschnitt 1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

«Art. 3.1 - Die Ernennung eines Beamten erfolgt von Amts wegen in ein vollzeitiges Amt.»

**Art. 3** - In Artikel 5 desselben Erlasses wird die Wortfolge "wobei der Buchstabe A den höchsten Rang innerhalb einer Stufe kennzeichnet" durch die Wortfolge "wobei der Buchstabe A bzw. die Buchstaben AA den höchsten Rang innerhalb einer Stufe kennzeichnen" ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 6 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "3 Ränge, von II+.C bis II+.A" durch die Wortfolge "4 Ränge, von II+.C bis II+.AA" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "3 Ränge, von II.C bis II.A" durch die Wortfolge "4 Ränge, von II.C bis II.AA" ersetzt.

**Art. 5** - Artikel 11.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt ersetzt:

«Die Regierung bestellt für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren Fachbereichsleiter entweder unter den mit "positiv" bewerteten Beamten, Vertragsbediensteten, mit einem Auftrag für das Ministerium versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens oder unter externen Bewerbern. Zum Zeitpunkt der Bestellung als Fachbereichsleiter ist der Betreffende Inhaber eines Diploms, das ihm Zugang zur Stufe II+ oder I gewährt, oder er hat eine Aufstiegsprüfung für die Stufe II+ oder I bestanden.

Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des Direktionsrates nach einem vom Vorsitzenden des Direktionsrates vorgenommenen Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil und dem anschließend vom Direktionsrat angestellten Vergleich der Eignung und Fähigkeiten aller Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe.»

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

«Der Fachbereichsleiter kann jederzeit mittels einer Frist von drei Monaten zurücktreten.»

**Art. 6** - In Artikel 21 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Wortfolge "dem Prozentsatz der Verringerung der Dienstleistung" gestrichen.

**Art. 7** - Artikel 22 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "15 Arbeitstage" durch die Wortfolge "15 Arbeitstage bei einer Vollzeitbeschäftigung" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

«Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.»

2. Absatz 3 Spiegelstriche 2-5 wird aufgehoben

3. Absatz 4 wird aufgehoben.

**Art. 8** - In Kapitel II desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Abschnitt IV eingefügt:

«Abschnitt IV - Probezeit für Vertragsbedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die ohne zeitliche Unterbrechung ins Beamtenverhältnis übergehen»

**Art. 9** - In Kapitel II Abschnitt IV desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.10.1 eingefügt:

«Art. 36.10.1 - Für Vertragsbedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die ohne zeitliche Unterbrechung vom vertraglichen Beschäftigungsverhältnis ins Beamtenverhältnis übergehen, gilt die Probezeit gemäß Abschnitt II des vorliegenden Kapitels als erfolgreich absolviert, wenn die Dauer des vertraglichen Beschäftigungsverhältnisses am Tag des Inkrafttretens der Offenerklärung der Stelle mindestens der Dauer der Probezeit entspricht, die der Betreffende als Beamtenanwärter zu leisten hätte. Seine Ernennung zum Beamten erfolgt unmittelbar.

Ist die Dauer des vertraglichen Beschäftigungsverhältnisses am Tag des Inkrafttretens der Offenerklärung der Stelle kürzer als die Dauer der Probezeit, die der Betreffende als Beamtenanwärter zu leisten hätte, entspricht die Dauer der Probezeit der fehlenden Zeitspanne. Während dieser verkürzten Probezeit findet Abschnitt II des vorliegenden Kapitels auf den Beamtenanwärter Anwendung.

Beträgt die in Absatz 2 angeführte Zeitspanne weniger als drei Monate, wird der Betreffende von der in Artikel 25 angeführten Verpflichtung, einen persönlichen Bericht zu erstellen, befreit.

Vorliegender Artikel findet keine Anwendung, wenn bis zum Tag vor dem Inkrafttreten der Offenerklärung der Stelle eine Kündigung des Arbeitsvertrages des Betreffenden erfolgt ist oder eine Auflösung jeglicher Art des Arbeitsvertrages beschlossen wurde.»

**Art. 10** - In Kapitel II Abschnitt IV desselben Erlasses wird folgender Artikel 36.10.2 eingefügt:

«Art. 36.10.2 - Bei der Ermittlung der Zeitspannen des vertraglichen Beschäftigungsverhältnisses, die als Probezeit gelten, wird unbeschadet der Absätze 2 und 3 jede Zeitspanne ab dem Tag der Einstellung unter Arbeitsvertrag berücksichtigt, mit Ausnahme der Zeitspannen, in denen eine Aussetzung der Ausführung des Arbeitsvertrages vorlag und der Betreffende deswegen kein Gehalt bezog.

Wenn der Betreffende mit oder ohne Unterbrechung insgesamt 15 Arbeitstage bei einer Vollzeitbeschäftigung abwesend war, werden die darauf folgenden Abwesenheiten der Probezeit nicht mehr angerechnet. Der Jahresurlaub gilt nicht als Abwesenheit.

Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.»

**Art. 11** - In Artikel 36.13 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Wortfolge "und im aktiven Dienst" gestrichen.

**Art. 12** - Artikel 37 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "effektive" durch "tatsächliche" ersetzt;

2. Absatz 3 desselben Paragraphen wird wie folgt ersetzt:

«In den in Absatz 2 Nummern 1 und 2 und in den in Artikel 10, 11.2 und 71 angeführten Fällen darf die erforderliche Bewertung "positiv" nicht länger als zwei Jahre zurückliegen. In dem in Absatz 2 Nummer 3 angeführten Fall erfolgt die Bewertung ein Jahr nach der letzten Bewertung.»

3. Paragraph 2 wird aufgehoben.

**Art. 13** - Artikel 38 § 3 Absatz 2 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt ersetzt:

«Wird die Bewertung "reserviert" vergeben, erfolgt in der in Artikel 37 § 1 Absatz 3 angeführten Frist entweder eine Bewertung "positiv" oder "negativ".»

**Art. 14** - In Artikel 39 § 2 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Der Direktionsrat kann festlegen, dass der Leiter eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung anstelle des Generalsekretärs oder seines Stellvertreters die Bewertung der Personalmitglieder des betreffenden Dienstes vornimmt.»

**Art. 15** - Artikel 44 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Bei Vertragsbediensteten des Ministeriums, die ohne zeitliche Unterbrechung ins Beamtenverhältnis übergehen, werden das Dienstgradalter, das Dienststrangalter und das Stufenalter ab dem Tag der Einstellung unter Arbeitsvertrag gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts berechnet und hinsichtlich der Beförderung berücksichtigt, wobei der Beginn des jeweiligen Dienstalters mit dem Datum übereinstimmt, an dem die Gehaltstabelle zugeordnet wird, die entsprechend der Beamtenlaufbahn mit der Stufe, dem Dienststrang oder dem Dienstgrad einhergeht.»

2. Paragraf 3 wird wie folgt ersetzt:

«§ 3 - Annehmbar sind für die Berechnung nur die tatsächlichen Dienste, die der Betroffene als Anwärter, Beamter oder Vertragsbediensteter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleineren und mittleren Unternehmen, der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung oder des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft ohne freiwillige Unterbrechung geleistet hat.»

**Art. 16** - Artikel 46 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Bedienstete leistet effektive Dienste" durch die Wortfolge "Der Anwärter oder Beamte leistet tatsächliche Dienste" ersetzt;

2. Die bestehenden Absätze 2 und 3 werden zu den Absätzen 4 und 5;

3. Folgende neue Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

«Der Vertragsbedienstete leistet tatsächliche Dienste, solange keine Aussetzung der Ausführung des Arbeitsvertrags vorliegt und er deswegen kein Gehalt bezieht.

In Abweichung von Absatz 2 wird in folgenden Fällen der Zeitraum der Aussetzung als tatsächlicher Dienst berücksichtigt:

1. bei Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wie in Artikel 39 und 42 bis 43bis der Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen;

2. bei Abwesenheit aufgrund einer konzertierten Arbeitsniederlegung;

3. bei Abwesenheit aufgrund einer Laufbahnunterbrechung;

4. bei einem Elternurlaub;

5. bei einer Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags;

6. bei den in Artikel 117 vorgesehenen Urlauben.»

**Art. 17** - Artikel 47 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 47 - Zur Ermittlung der annehmbaren Dienste werden nur die tatsächlichen Dienste berücksichtigt. Tatsächliche Dienste, die am ersten Tag des Monats beginnen und am letzten Tag des Monats enden, gelten als ein Beschäftigungsmonat. Bei tatsächlichen Diensten, die nicht am ersten Tag des Monats beginnen oder am letzten Tag des Monats enden, gelten 365 Kalendertage tatsächlicher Dienste als zwölf Beschäftigungsmonate.

Bei Bediensteten, die ihr Amt aus persönlichen Gründen nur teilweise wahrnehmen, oder bei Vertragsbediensteten, die unter Teilzeitvertrag eingestellt waren, wird die Anzahl Beschäftigungsmonate nach den im vorherigen Absatz beschriebenen Regeln und unter Berücksichtigung der jeweiligen Beschäftigungsprozentsätze ermittelt. Bei einer Verringerung der Arbeitszeit von höchstens acht Stunden pro Woche werden die geleisteten Dienste wie vollzeitige Dienste berechnet.

Als jeweiliges Dienstalter, das sich aus der Addition aller annehmbaren Dienste ergibt, wird nur die ganze Zahl an Beschäftigungsmonaten festgehalten, Dezimalstellen werden außer Acht gelassen.»

**Art. 18** - In Artikel 58 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird folgender Satz eingefügt:

«Für die Beförderung zu den Dienstgraden II.AA und II+.AA muss der Bewerber zusätzlich ein administratives Stufenalter von mindestens 25 Jahren aufweisen.»

**Art. 19** - In Artikel 71 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, vom 9. Dezember 2004 und vom 4. September 2012, werden folgende Absätze 10 und 11 eingefügt:

«Der von der Regierung als Fachbereichsleiter bestellte Beamte wird für die Dauer seiner Bestellung auf Grundlage der Gehaltstabelle I/8 besoldet, bis er aufgrund der Entwicklung seiner Laufbahn auf Grundlage einer höheren Gehaltstabelle entlohnt wird. Diese Bestimmung hat keinerlei Auswirkung hinsichtlich der Beförderungsordnung.

Dem von der Regierung als Fachbereichsleiter bestellten Beamten, der aufgrund der Bestimmungen von Kapitel IV auf Grundlage der Gehaltstabelle I/10, I/10-59, I/10bis oder I/10bis-59 besoldet wird sowie ein finanzielles Dienstalter von 25 Jahren und ein finanzielles Dienstalter als Fachbereichsleiter von mindestens 10 Jahren aufweist, wird für die Dauer seiner Bestellung die Gehaltstabelle I/10ter bzw. I/10ter-59 zugeordnet.»

**Art. 20** - In Artikel 73 § 1, § 2 Absatz 1, § 3 und § 4 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 20. Februar 2003, wird das Wort "effektiven" durch das Wort "tatsächlichen" ersetzt.

**Art. 21** - Artikel 74 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 und § 2 Absatz 1, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. März 2003, wird das Wort "effektive" durch das Wort "tatsächliche" ersetzt;

2. In Paragraf 2 einleitender Satz, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. März 2003, wird das Wort "effektiver" durch das Wort "tatsächlicher" ersetzt;

3. § 2 Absatz 2 Nummer 5, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

«5. bei einem Elternurlaub;»;

4. Nummer 7 desselben Absatzes, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

«7. bei den in Artikel 117 vorgesehenen Urlauben.»

**Art. 22** - Artikel 81.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

**Art. 23** - In Artikel 84 Absatz 2 desselben Erlasses wird das Wort "effektiv" durch das Wort "tatsächlich" ersetzt.

**Art. 24** - Artikel 87.4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Zahl "357,09" durch die Zahl "616,15" ersetzt;

2. In Absatz 2 wird das Wort "effektiven" durch "tatsächlichen" ersetzt.

**Art. 25** - In das Kapitel V Abschnitt VI desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Artikel 87.5 eingefügt:

«Art. 87.5 - In Abweichung der Artikel 87.2-87.4 hat der von der Regierung bestellte Fachbereichsleiter, der gemäß Artikel 71 Absatz 11 besoldet wird, kein Anrecht auf eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben.»

**Art. 26** - Artikel 99 § 2 Nummer 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

«3. Der Elternurlaub»

**Art. 27** - Artikel 106 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird das Wort "befindet" durch die Wortfolge "befindet oder ein Wartegehalt bezieht" und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt;

2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

«7. für die Zeit, in der ein krankheitsbedingt abwesender Vertragsbediensteter keinerlei Anspruch auf Lohnfortzahlung hat.»

**Art. 28** - Artikel 109 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 9. Dezember 2004, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 109 - Ergänzend zum Jahresurlaub hat ein Beamter Anrecht auf Sonderurlaub aufgrund folgender Anlässe:

1. Hochzeit des Beamten: 4 Arbeitstage;

2. Niederkunft der Ehefrau/Lebensgefährtin: 10 Arbeitstage;

3. Tod des Ehepartners/Lebensgefährten, eines Elternteils oder Elternteils des Ehepartners/Lebensgefährten, eines Verwandten ersten Grades oder eines Verwandten ersten Grades des Ehepartners/Lebensgefährten: 4 Arbeitstage;

4. Hochzeit eines Kindes oder eines Kindes des Ehepartners/Lebensgefährten: 2 Arbeitstage;

5. Hochzeit eines Elternteils oder Stiefelternteils, eines Elternteils des Ehepartners/Lebensgefährten; von Geschwistern, Halbgeschwistern oder Stiefgeschwistern; eines Enkelkinds oder eines Enkelkinds des Ehepartners/Lebensgefährten: 1 Arbeitstag;

6. Tod eines Verwandten oder Verwandten des Ehepartners/Lebensgefährten, der unter demselben Dach lebt: 2 Arbeitstage;

7. Tod eines Verwandten zweiten Grades oder dritten Grades oder eines Verwandten zweiten oder dritten Grades des Ehepartners/Lebensgefährten, der nicht unter demselben Dach lebt: 1 Arbeitstag;

8. Weihe oder Eintritt in ein Kloster eines Kindes des Beamten oder seines Ehepartners/Lebensgefährten oder jedes religiöse oder laizistisch gleichgestellte Ereignis: 1 Arbeitstag;

9. die heilige Kommunion eines Kindes des Beamten, eines Kindes seines Ehepartners/Lebensgefährten oder jede religiöse oder laizistisch gleichgestellte Zeremonie: 1 Arbeitstag.»

**Art. 29** - Artikel 110 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

**Art. 30** - In dem Kapitel VIII Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Überschrift wie folgt ersetzt:

«Unterabschnitt 5.3 - Elternurlaub»

**Art. 31** - Artikel 135 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 135 - Die im vorliegenden Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates der Europäischen Union vom 8. März 2010 zur Durchführung der von BUSINESSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB geschlossenen überarbeiteten Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG.»

**Art. 32** - Artikel 136 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 9. Dezember 2004 und vom 4. September 2012, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 136 - Der Beamte im aktiven Dienst kann nach einer Geburt oder einer Adoption einen Elternurlaub in Anspruch nehmen.»

**Art. 33** - Artikel 136.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 136.1 - Der Elternurlaub hat eine Laufzeit von vier Monaten und kann vollzeitig in einzelne Monate gestückelt werden. Er muss vor dem 18. Lebensjahr des Kindes vollständig genommen werden.»



Der Elternurlaub ist unbezahlt und zählt zum aktiven Dienst.

Im Anschluss an den Elternurlaub hat der Beamte das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.»

**Art. 34** - In Kapitel VIII Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird folgender Artikel 136.2 eingefügt:

«Art. 136.2 - Der Beamte kann eine Anpassung seiner Arbeitszeiten für eine Dauer von sechs Monaten nach Ende des Elternurlaubs beantragen. Die Anpassung der Arbeitszeit berücksichtigt das Interesse des Dienstes und das des betroffenen Beamten im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit zwischen dem Berufs- und Familienleben.

Der Antrag auf Anpassung der Arbeitszeit muss mindestens drei Wochen vor dem Ende des Elternurlaubs über den unmittelbaren Vorgesetzten schriftlich beim Generalsekretär oder seinem Stellvertreter eingereicht werden, der die Entscheidung in Absprache mit dem unmittelbaren Vorgesetzten trifft.

Der Antrag kann nur durch eine Entscheidung, die dem betroffenen Beamten mindestens eine Woche vor dem Ende des Elternurlaubs schriftlich mitgeteilt wird, abgelehnt werden.»

**Art. 35** - Artikel 141 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

**Art. 36** - Artikel 172 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "ersetzt oder vervollständigt" durch die Wortfolge "vervollständigt oder ersetzt ganz oder teilweise" ersetzt;

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

**Art. 37** - Artikel 173 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 173 - Jedem Beamten kann auf dessen Antrag eine Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags einer anderen inländischen oder internationalen Behörde gewährt werden.

Wenn für einen in Absatz 1 bestimmten Auftrag ein Kandidatenauftrag erfolgt, reicht der interessierte Beamte seine Bewerbung bei der zuständigen Stelle ein und informiert gleichzeitig den für das Personal zuständigen Minister sowie den Generalsekretär oder dessen Stellvertreter und den unmittelbaren Vorgesetzten über die Bewerbung.»

**Art. 38** - Der Anhang I desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Stufe II+ werden folgende Zeilen eingefügt:

«Leitender Sozialarbeiter II+.AA

Leitender Assistent II+.AA»

2. In der Stufe II werden folgende Zeilen eingefügt:

«Leitender Sachbearbeiter II.AA

Leitender Techniker II.AA»

**Art. 39** - Der Anhang II desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "Ab dem 1. Januar 2018 gelten folgende Gehaltstabellen" wird durch die Wortfolge "Ab dem 1. Januar 2017 gelten folgende Gehaltstabellen" ersetzt;

2. In die Gehaltstabellen, die ab dem 1. Januar 2017 gelten, werden die Gehaltstabellen II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10ter und I/10ter-59, die im Anhang 1 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, eingefügt;

3. In den Gehaltstabellen, die ab dem 1. Januar 2017 gelten, werden die Gehaltstabellen I/11bis, I/11bis-59, I/12 und I/12-59 durch die Gehaltstabellen I/11bis, I/11bis-59, I/12 und I/12-59, die im Anhang 1 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, ersetzt;

4. In die Gehaltstabellen, die ab dem 1. Januar 2019 gelten, werden die Gehaltstabellen II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10ter und I/10ter-59, die im Anhang 2 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, eingefügt;

5. In den Gehaltstabellen, die ab dem 1. Januar 2019 gelten, werden die Gehaltstabellen I/11bis, I/11bis-59, I/12 und I/12-59 durch die Gehaltstabellen I/11bis, I/11bis-59, I/12 und I/12-59, die im Anhang 2 des vorliegenden Erlasses aufgeführt werden, ersetzt.

**Art. 40** - Der Anhang III desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Stufe II+ werden folgende Zeilen eingefügt:

«Leitender Sozialarbeiter II+/5 oder II+/5-59

Leitender Assistent II+/5 oder II+/5-59»

2. In der Stufe II werden folgende Zeilen eingefügt:

«Leitender Sachbearbeiter II/6 oder II/6-59

Leitender Techniker II/6 oder II/6-59»

**Art. 41** - In Anhang VII desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird in der Stufe II+ folgende Nummer 20 eingefügt:

«20. Erfolgreicher Abschluss der in dem Königlichen Erlass vom 17. Mai 2007 über die Ausbildung und Anpassungsbildung der Gefahrenverhütungsberater der internen und externen Dienste für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz vorgesehenen Ausbildung, wenn der Inhaber gleichzeitig über ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts verfügt;»

KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 10. MÄRZ 1999 ZUR FESTLEGUNG DES ADMINISTRATIVEN UND FINANZIELLEN STATUTS DES PERSONALS DES BELGISCHEN RUNDfunk- UND FERNSEHZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

**Art. 42** - In der Anlage 3 des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird die Wortfolge "Ab dem 1. Januar 2018 gelten folgende Barenen" durch die Wortfolge "Ab dem 1. Januar 2017 gelten folgende Barenen" ersetzt.

KAPITEL 3 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 7. JUNI 2001 BEZÜGLICH DER ORGANISATION DER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR REGELUNG DER ANWERBUNG, DER LAUFBAHN UND DER BESOLDUNG DER BEAMTEN DIESER EINRICHTUNGEN

**Art. 43** - Artikel 15.15 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 15.15 - Artikel 87. 2 § 1 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

§ 1 - Der geschäftsführende Direktor kann einem Personalmitglied, das Führungs- und Leitungsaufgaben in einem bestimmten Arbeitsbereich wahrnimmt, eine Zulage gewähren. Gibt es einen Direktionsrat in der betreffenden Einrichtung, geschieht dies auf Vorschlag des Direktionsrates.

Unter Personalmitglied versteht man einen Vertragsbediensteten, einen Anwärter oder einen Beamten der Einrichtung oder einen mit einem Auftrag für die betreffende Einrichtung versehenen Bediensteten des Unterrichtswesens.

Die Regierung legt pro Einrichtung die Höchstanzahl der Zulagen fest, die gewährt werden können.

In Abweichung von Absatz 1 kann dem geschäftsführenden Direktor diese Zulage ausschließlich von dem für das Personal zuständigen Minister gewährt werden.»

**Art. 44** - Artikel 15.16 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 15.16 - Artikel 87.3 Absätze 2 und 3 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhalten folgende Fassung:

"In Abweichung von Absatz 1 streicht der geschäftsführende Direktor vorzeitig die Zulage, wenn das Personalmitglied keine Führungs- und Leitungsaufgaben mehr wahrnimmt. Gibt es einen Direktionsrat in der betreffenden Einrichtung, geschieht dies nach Gutachten oder auf Vorschlag des Direktionsrates.

In Abweichung von Absatz 1 streicht der für das Personal zuständige Minister vorzeitig die Zulage, wenn das Personalmitglied nicht mehr geschäftsführender Direktor ist und keine Führungs- und Leitungsaufgaben mehr wahrnimmt."»

KAPITEL 4 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 17. JULI 2003 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

**Art. 45** - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 9. Dezember 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

«2. bei Einstellungen, die in Anwendung von Artikel 4 in der Stufe IV erfolgen und deren Dauer höchstens drei Monate beträgt;»;

2. In Nummer 3 desselben Absatzes wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

3. In denselben Absatz wird folgende Nummer 4 eingefügt:

«4. bei Einstellungen im Dienst mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" für die Bereiche Sport und Animation im Falle von wetterbedingtem Besucherandrang oder unvorhersehbaren Ereignissen, die einen öffentlichen Bewerberaufruf unmöglich machen, wobei die Dauer der Einstellung höchstens drei Monate beträgt;»

4. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Die Regierung beziehungsweise der Verwaltungsrat" durch die Wortfolge "Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter beziehungsweise der Geschäftsführende Direktor" ersetzt.

**Art. 46** - Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge "und Probezeit" gestrichen;

2. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "anhand eines schriftlichen Arbeitsvertrags" durch die Wortfolge "durch einen schriftlichen Arbeitsvertrag" ersetzt;

3. In Absatz 2 desselben Paragraphen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "wobei er gleichzeitig die Anzahl der Einstellungen und eine der in Kapitel II angeführten Vertragskategorien bestimmt" gestrichen.

4. Paragraph 2 wird aufgehoben.

**Art. 47** - In Kapitel II desselben Erlasses wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

«Art. 3.1 - Allgemeines

Um den Personalbedarf jeglicher Art zu decken, bis im Hinblick auf die Besetzung von Beamtenstellen die entsprechenden Auswahlverfahren organisiert werden, erfolgt eine Einstellung unter Arbeitsvertrag.»

**Art. 48** - Artikel 4 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 4 - Ersatz

Für die Dauer der vorübergehenden voll- oder teilzeitigen Abwesenheit eines Bediensteten wird eine Ersatzperson ausschließlich unter Arbeitsvertrag eingestellt.»

**Art. 49** - Artikel 5 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 50** - Artikel 6 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 6 - *Nebengeordnete oder spezifische Aufgaben*

Zur Wahrnehmung der in Absatz 2 angeführten nebengeordneten oder spezifischen Aufgaben erfolgen ausschließlich Einstellungen unter Arbeitsvertrag.

Als nebengeordnete oder spezifische Aufgaben gelten:

1. alle im hauswirtschaftlichen Dienst anfallenden Aufgaben;
2. der Empfangs- und Telefondienst;
3. Hausmeisteraufgaben;
4. zeitlich befristete Sonder- oder Projektaufträge;
5. die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleisteten Ausbildungen;
6. alle in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung 'Medienzentrum' und 'Gemeinschaftszentren' anfallenden Aufgaben.»

**Art. 51** - Artikel 7 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 7 - *Teamleiter in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung*

Zur Gewährleistung einer effizienten Organisations- und Führungsstruktur innerhalb der Dienste mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" und "Medienzentrum" kann der Generalsekretär oder sein Stellvertreter für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren unter den im jeweiligen Dienst angesiedelten Mitarbeitern der Stufe II+, II und III mit der Bewertung "positiv" Teamleiter bestellen.

Die Bestellung erfolgt nach einem vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter vorgenommenen Bewerberauftrag mit Anforderungsprofil und dem anschließend vom Direktionsrat angestellten Vergleich der Eignung und Fähigkeiten aller Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe.

Aufgrund schwerwiegender Fehlleistungen kann der Generalsekretär oder sein Stellvertreter nach Beratung mit dem Direktionsrat, der den Betroffenen zuvor angehört hat, die Bestellung eines Teamleiters vorzeitig beenden.

Der Teamleiter kann jederzeit mittels einer Frist von drei Monaten zurücktreten.»

**Art. 52** - Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«Art. 9 - *Ersatzpersonen*

Den in Anwendung von Artikel 4 eingestellten Vertragsbediensteten wird höchstens die Gehaltstabelle des Anwerbsdienstgrades der Laufbahn des zu ersetzenden Bediensteten zugeordnet.»

**Art. 53** - In das Kapitel III desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 2007, wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

«Art. 9.1 - *Teamleiter in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung*

Während der Dauer seiner Bestellung als Teamleiter gemäß Artikel 7 erhält das Personalmitglied eine Teamleiterzulage.

Die Zulage entspricht bei einer Vollzeitbeschäftigung der Hälfte der in Artikel 87.4 Absatz 1 des Erlasses vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten vorgesehenen Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben. Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird der Betrag anteilig zur Beschäftigung gekürzt.

Die Auszahlung der Zulage erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts. Wenn während mindestens 30 aufeinander folgenden Tagen keine tatsächlichen Dienste geleistet werden, erfolgt die Streichung der Zulage für die Dauer der Abwesenheit.»

**Art. 54** - In das Kapitel III desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 2007, wird folgender Artikel 9.2 eingefügt:

«Art. 9.2 - *Fachbereichsleiter*

Wird ein Vertragsbediensteter des Ministeriums gemäß Artikel 11.2 desselben Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 durch die Regierung als Fachbereichsleiter bestellt, wird er während seiner Bestellung als Fachbereichsleiter auf Grundlage der Gehaltstabelle I/8 entlohnt, bis er in Anwendung der Bestimmungen von Artikel 12 des vorliegenden Erlasses auf Grundlage einer höheren Gehaltstabelle entlohnt wird. Diese Bestimmung hat keinerlei Auswirkung hinsichtlich der finanziellen Aufwertung.

Dem von der Regierung als Fachbereichsleiter bestellten Vertragsbediensteten, der aufgrund der Bestimmungen von Artikel 12 Absatz 3 auf Grundlage der Gehaltstabelle I/10, I/10-59, I/10bis oder I/10bis-59 besoldet wird sowie ein finanzielles Dienstalter von 25 Jahren und ein finanzielles Dienstalter als Fachbereichsleiter von mindestens 10 Jahren aufweist, wird für die Dauer seiner Bestellung die Gehaltstabelle I/10ter bzw. I/10ter-59 zugeordnet und das Anrecht auf eine Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben wird gestrichen.

Unbeschadet von Absatz 1 und 2 wird der Vertragsbedienstete, der über ein externes Verfahren ausgewählt wird mit dem Ziel, die Leitung eines Fachbereichs zu übernehmen, in der Stufe eingestellt, zu der sein Diplom Zugang gibt, und ihm wird unbeschadet von Artikel 9.3 eine Gehaltstabelle zugeordnet.»

**Art. 55** - In Kapitel III desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 2007, wird folgender Artikel 9.3 eingefügt:

«Art. 9.3 - *Experten*

Der Vertragsbedienstete, der aufgrund seines versierten Fachwissens, seiner spezifischen Berufsfertigkeiten oder seiner langjährigen Berufserfahrung eingestellt wird, kann aufgrund einer höheren als der in Artikel 8 § 1 vorgesehenen Gehaltstabelle entlohnt werden, wobei die im Vertrag zu bestimmende Gehaltstabelle einer bestehenden Tabelle der Stufe entspricht, für die der Vertragsbedienstete ein Diplom vorweisen kann.

Den Experten wird höchstens die folgende Gehaltstabelle zugeordnet:

1. in der Stufe I: Gehaltstabelle I/8;
2. in der Stufe II+: Gehaltstabelle II+/3;
3. in der Stufe II: Gehaltstabelle II/4;
4. in der Stufe III: Gehaltstabelle III/6.»

**Art. 56** - Artikel 12 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 2007, wird wie folgt ersetzt:

«*Art. 12 - Finanzielle Aufwertung*

Vertragsbedienstete, die auf Grundlage der Gehaltstabelle des Anwerbungsdienstgrades ihrer Laufbahn entlohnt werden und die Bewertung "positiv" aufweisen, erhalten eine Entlohnung auf Grundlage der Gehaltstabelle des ersten Beförderungsdienstgrades derselben Laufbahn, wenn sie die in Artikel 60 desselben Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 für die Regelbeförderung eines Beamten vom Ausgangsdienstgrad zum nächst höheren Dienstgrad seiner Laufbahn mit Regelbeförderung vorgesehene Bedingung in Sachen Dienstalter erfüllen.

Die zuständige Einstellungsbehörde kann gemäß Artikel 12.1 auf Vorschlag des Direktionsrates oder in Ermangelung eines Direktionsrates auf Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors den Vertragsbediensteten, die auf Grundlage der Gehaltstabelle des ersten Beförderungsdienstgrades ihrer Laufbahn entlohnt werden und die Bewertung "positiv" aufweisen, eine Entlohnung auf Grundlage der Gehaltstabelle des zweiten Beförderungsdienstgrades derselben Laufbahn gewähren, wenn sie die in Artikel 58 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 für die Beförderung eines Beamten vorgesehene Bedingungen in Sachen Dienstalter erfüllen. Ist die Einstellungsbehörde eine der in Artikel 1 Nummern 2-4 angeführte Einrichtung, wird die Genehmigung der Regierung zum Vorschlag eingeholt.

Vertragsbedienstete der jeweiligen Stufen I, II+, II, III und IV, die auf Grundlage der Gehaltstabelle des zweiten Beförderungsdienstgrades ihrer Laufbahn entlohnt werden und die Bewertung "positiv" aufweisen, erhalten jeweils eine Entlohnung auf Grundlage der Gehaltstabellen I/10, II+/4, II/5, III/7 und IV/6, wenn sie sowohl die in Artikel 58 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 für die Beförderung eines Beamten vorgesehene Bedingungen in Sachen Dienstalter als auch die in Artikel 71 desselben Erlasses für die Zuordnung der jeweiligen Gehaltstabellen I/10, II+/4, II/5, III/7 und IV/6 vorgesehene Bedingungen in Sachen Dienstalter erfüllen.

Für die finanziellen Aufwertungen wird die Laufbahn der im hauswirtschaftlichen Dienst beschäftigten Vertragsbediensteten der Stufe IV der Laufbahn des Boten-Telefonisten gleichgestellt.»

**Art. 57** - In Kapitel III desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 12.1 eingefügt:

«*Art. 12.1 - Vorschlag zur finanziellen Aufwertung gemäß Artikel 12 Absatz 2*

Zur Anwendung von Artikel 12 Absatz 2 legt die zuständige Einstellungsbehörde die Anzahl finanzieller Aufwertungen pro Stufe fest. Nach Festlegung der Anzahl finanzieller Aufwertungen erfolgt durch den Vorsitzenden des Direktionsrates oder in Ermangelung eines Direktionsrates durch den Geschäftsführenden Direktor ein Bewerberaufruf, der schriftlich an alle zulässigen Bewerber gerichtet wird. Die zulässigen Bewerber unterzeichnen eine Empfangsbestätigung für den Erhalt des Bewerberaufrufs oder die Behörde stellt den Bewerberaufruf, insbesondere im Falle der Abwesenheit des Bewerbers, per Einschreiben zu. Der Bewerberaufruf sieht eine Frist von mindestens 15 Arbeitstagen zur Einreichung der schriftlichen Bewerbung beim Vorsitzenden des Direktionsrates oder in Ermangelung eines Direktionsrates beim Geschäftsführenden Direktor vor und gibt gegebenenfalls die beizubringenden Auskünfte und Unterlagen an.

Der Direktionsrat oder in Ermangelung eines Direktionsrates der Geschäftsführende Direktor erstellt zu jedem zulässigen Bewerber eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Bei mehreren zulässigen Bewerbern nimmt der Direktionsrat bzw. der Geschäftsführende Direktor eine Klassierung vor, wobei neben der Bewertung sowohl die Leistungen und der Erfahrungsstand der Bewerber, deren Eignung sowie Ausbildungs- und Weiterbildungsanstrengungen im Zusammenhang mit den ihnen obliegenden Aufgaben, wie auch das Dienstalter berücksichtigt werden. Der Direktionsrat bzw. der Geschäftsführende Direktor erstellt dementsprechend für die Einstellungsbehörde den in Artikel 12 Absatz 2 angeführten Vorschlag.

Jedem Bewerber wird seine durch den Direktionsrat bzw. Geschäftsführenden Direktor vorgenommene Einordnung in der Klassierung mitgeteilt. Der zulässige Bewerber hat das Recht auf Anhörung beim Direktionsrat bzw. Geschäftsführenden Direktor, die er innerhalb von 10 Arbeitstagen, beginnend am Tag nach Erhalt der Mitteilung, beim Vorsitzenden des Direktionsrats bzw. beim Geschäftsführenden Direktor beantragt. Nach der Anhörung aller zulässigen Bewerber, die dies beantragt haben, verändert der Direktionsrat bzw. Geschäftsführende Direktor die erste Klassierung oder bestätigt diese.»

**Art. 58** - Artikel 12.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird zu Artikel 12.2 und die Wortfolge „, wobei in Abweichung von Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 1 eine Beurteilung im Jahr vor den in Artikel 12 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen möglichen finanziellen Aufwertungen erfolgt und 37 § 1 Absatz 2 Nummer 2 keine Anwendung findet“ wird gestrichen.

**Art. 59** - Artikel 16 Absatz 1 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 60** - Die Anlage desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012, wird aufgehoben.

KAPITEL 5 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 4. SEPTEMBER 2012 ZUR ABÄNDERUNG DES ERLASSES VOM 28. DEZEMBER 1994 ÜBER DIE GESCHÄFTSORDNUNG DES VERTRAGSPERSONALS FÜR DIE BERUFAUSBILDUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN UND REGIONALEN AMTES FÜR BERUFAUSBILDUNG UND ARBEITSBESCHAFFUNG (FOREM) UND DES ERLASSES VOM 17. JULI 2003 ZUR BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

**Art. 61** - In Artikel 9 des Erlasses der Regierung vom 4. September 2012 zur Abänderung des Erlasses vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des gemeinschaftlichen und regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREM) und des Erlasses vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses wird die Zahl "2018" durch die Zahl "2017" ersetzt.



## KAPITEL 6 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 62** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft mit Ausnahme der Artikel 1-5, 11-13, 18, 20, 21, 23, 26-34, 36-38, 40, 41, 45-50, 59 und 60, die am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft treten.

**Art. 63** - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. Januar 2017

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

## Anhang 1 zum Erlass der Regierung 2783/EX/VIII/A/I vom 19. Januar 2017

Barema			II/6
Erhöhung	jährl.	3	480,61
	zweijährl.	3	961,20
	zweijährl.	8	540,67
Min			31.609,57
Max			40.260,36
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02
23			39.719,69
25			40.260,36

Barema			II+/5
Erhöhung	jährl.	3	410,35
	zweijährl.	3	820,72
	zweijährl.	8	461,67
Min			35.649,82
Max			43.036,39
0			35.649,82
1			36.060,17
2			36.470,52
3			36.880,87
5			37.701,59
7			38.522,31
9			39.343,03
11			39.804,70
13			40.266,37
15			40.728,04
17			41.189,71
19			41.651,38

21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.036,39

Barema			II/6-59
Erhöhung	jährl.	3	480,61
	zweijährl.	3	961,20
	zweijährl.	7	540,67
	zweijährl.	1	1.081,34
Min			31.609,57
Max			40.801,03
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02
23			39.719,69
25			40.801,03

Barema			II+/5-59
	jährl.	3	410,35
	zweijährl.	3	820,72
	zweijährl.	7	461,67
	zweijährl.	1	923,34
Min			35.649,82
Max			43.498,06
0			35.649,82
1			36.060,17
2			36.470,52
3			36.880,87
5			37.701,59
7			38.522,31
9			39.343,03
11			39.804,70
13			40.266,37
15			40.728,04
17			41.189,71
19			41.651,38
21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.498,06

Barema			I/10ter
Erhöhung	jährl.	3	935,02

	zweijährl.	3	1.870,03
	zweijährl.	7	1.202,18
Min			46.370,15
Max			63.200,56
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24
7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38
23			63.200,56

Barema			I/10ter-59
Erhöhung	jährl.	3	935,02
	zweijährl.	3	1.870,03
	zweijährl.	6	1.202,18
	zweijährl.	1	2.404,36
Min			46.370,15
Max			64.402,74
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24
7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38
23			64.402,74

Barema			I/11bis
Erhöhung	jährl.	3	832,42
	zweijährl.	3	1.664,84
	zweijährl.	7	1.069,73
Min			48.353,12
Max			63.333,01
0			48.353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22

7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			63.333,01

<b>Barema</b>			<b>I/11bis-59</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	832,42
	zweijährl.	<b>3</b>	1.664,84
	zweijährl.	<b>6</b>	1.069,73
	zweijährl.	<b>1</b>	2.139,46
Min			48.353,12
Max			64.402,74
0			48.353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22
7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			64.402,74

<b>Barema</b>			<b>I/12</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	887,52
	zweijährl.	<b>3</b>	1.775,00
	zweijährl.	<b>7</b>	1.140,54
Min			58.329,83
Max			74.301,17
0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			74.301,17



Barema			I/12-59
Erhöhung	jährl.	3	887,52
	zweijährl.	3	1.775,00
	zweijährl.	6	1.140,54
	zweijährl.	1	2.281,08
Min			58.329,83
Max			75.441,71
0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			75.441,71

Gesehen, um dem Erlass der Regierung 2783/EX/VIII/A/I vom 19. Januar 2017 beigelegt zu werden.  
Eupen, den 19. Januar 2017

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident  
O. PAASCH

**Anhang 2 zum Erlass der Regierung 2783/EX/VIII/A/I vom 19. Januar 2017**

Barema			II/6
Erhöhung	jährl.	3	485,46
	zweijährl.	3	970,91
	zweijährl.	8	546,13
Min			31.842,29
Max			40.580,44
0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			40.580,44

Barema			II+/5
--------	--	--	-------

Erhöhung	jährl.	3	414,50
	zweijährl.	3	829,01
	zweijährl.	8	466,33
Min			35.923,35
Max			43.384,52
0			35.923,35
1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.384,52

Barema			II/6-59
Erhöhung	jährl.	3	485,46
	zweijährl.	3	970,91
	zweijährl.	7	546,13
	zweijährl.	1	1.092,26
Min			31.842,29
Max			41.126,57
0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			41.126,57

Barema			II+/5-59
Erhöhung	jährl.	3	414,50
	zweijährl.	3	829,01
	zweijährl.	7	466,33
	zweijährl.	1	932,66
Min			35.923,35
Max			43.850,85
0			35.923,35

1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.850,85

<b>Barema</b>			<b>I/10ter</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	944,46
	zweijährl.	<b>3</b>	1.888,92
	zweijährl.	<b>7</b>	1.214,32
Min			46.751,97
Max			63.752,35
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11
11			56.466,43
13			57.680,75
15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			63.752,35

<b>Barema</b>			<b>I/10ter-59</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	944,46
	zweijährl.	<b>3</b>	1.888,92
	zweijährl.	<b>6</b>	1.214,32
	zweijährl.	<b>1</b>	2.428,64
Min			46.751,97
Max			64.966,67
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11
11			56.466,43
13			57.680,75

15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			64.966,67

<b>Barema</b>			<b>I/11bis</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	840,83
	zweijährl.	<b>3</b>	1.681,65
	zweijährl.	<b>7</b>	1.080,53
Min			48.841,49
Max			63.972,64
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			63.972,64

<b>Barema</b>			<b>I/11bis-59</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	840,83
	zweijährl.	<b>3</b>	1.681,65
	zweijährl.	<b>6</b>	1.080,53
	zweijährl.	<b>1</b>	2.161,06
Min			48.841,49
Max			65.053,17
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			65.053,17

<b>Barema</b>			<b>I/12</b>
Erhöhung	jährl.	<b>3</b>	896,48
	zweijährl.	<b>3</b>	1.792,93



	zweijährl.	7	1.152,06
Min			58.918,98
Max			75.051,63
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94
3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			75.051,63

<b>Barema</b>			<b>I/12-59</b>
Erhöhung	jährl.	3	896,48
	zweijährl.	3	1.792,93
	zweijährl.	6	1.152,06
	zweijährl.	1	2.304,12
Min			58.918,98
Max			76.203,69
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94
3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			76.203,69

Gesehen, um dem Erlass der Regierung 2783/EX/VIII/A/I vom 19. Januar 2017 beigelegt zu werden.  
Eupen, den 19. Januar 2017

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident  
O. PAASCH

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/200749]

**19 JANVIER 2017. — Arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions statutaires et pécuniaires concernant le personnel du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, §§ 1<sup>er</sup> et 3, remplacé par la loi du 8 août 1988;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du "Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone);

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012 modifiant l'arrêté du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'Office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm) et l'arrêté du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'avis motivé rendu le 17 octobre 2016 par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S7/2016 du 10 novembre 2016 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 10 novembre 2016;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 60.493/3, donné le 22 décembre 2016, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant la Directive 2010/18/UE du Conseil du 8 mars 2010 portant application de l'accord-cadre révisé sur le congé parental conclu par BUSINESSEUROPE, l'UEAPME, le CEEP et la CES et abrogeant la Directive 96/34/CE; Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, remplacé par l'arrêté du 17 juillet 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation au premier alinéa, un engagement dans les liens d'un contrat de travail a lieu :

1° pour remplacer un agent temporairement absent, qu'il s'agisse d'une absence à temps plein ou à temps partiel;

2° pour couvrir tout besoin en personnel jusqu'à ce que les procédures de sélection ad hoc soient organisées et clôturées en vue de pourvoir à des emplois statutaires;

3° toujours pour accomplir des tâches auxiliaires ou spécifiques fixées par le Gouvernement. »

**Art. 2.** Dans le chapitre I<sup>er</sup>, section 1<sup>re</sup>, du même arrêté, modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, il est inséré un article 3.1 rédigé comme suit :

« Art. 3.1 La nomination d'un agent intervient d'office dans une fonction à temps plein. »

**Art. 3.** Dans l'article 5 du même arrêté, la phrase "La lettre A représente le rang le plus élevé à l'intérieur d'un niveau." est remplacée par la phrase suivante : "Les lettres A ou AA, selon le cas, représentent le rang le plus élevé à l'intérieur d'un niveau."

**Art. 4.** A l'article 6 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "3 rangs, du II+.C au II+.A" sont remplacés par les mots "4 rangs, du II+.C au II+.AA";

2° dans l'alinéa 3, les mots "3 rangs, du II.C au II.A" sont remplacés par les mots "4 rangs, du II.C au II.AA".

**Art. 5.** Dans l'article 11.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 sont remplacés par ce qui suit :

« Le Gouvernement désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, des chefs de département parmi les agents ayant une évaluation "positif", qu'ils soient statutaires, contractuels ou détachés de l'enseignement et chargés d'une mission pour le Ministère ou encore parmi des candidats externes. Au moment de la désignation comme chef de département, l'intéressé est porteur d'un diplôme donnant accès aux niveaux II+ ou I ou a réussi un examen d'accès aux niveaux II+ ou I.

La désignation s'effectue sur proposition du conseil de direction, après que son président a lancé un appel aux candidats contenant le profil exigé et que le conseil de direction a comparé l'aptitude et les capacités de tous les candidats quant à la mission de management. »

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le chef de département peut en tout temps quitter ses fonctions moyennant un préavis de trois mois. »

**Art. 6.** Dans l'article 21, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les mots "au prorata de la diminution des prestations" sont remplacés par les mots "en conséquence".

**Art. 7.** A l'article 22 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° Dans l'alinéa 2, les mots "15 jours ouvrables" sont remplacés par "15 jours ouvrables en cas d'occupation à temps plein" et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

2° dans l'alinéa 3, les tirets 2 à 5 sont abrogés;

3° l'alinéa 4 est abrogé.

**Art. 8.** Dans le chapitre II du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, il est inséré une section IV rédigée comme suit :

« Section IV. — Stage pour les agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone qui, sans interruption, deviennent statutaires ».

**Art. 9.** Dans le chapitre II, section IV, du même arrêté, il est inséré un article 36.10.1 rédigé comme suit :

« Art. 36.10.1 Pour les agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone qui, sans interruption, deviennent statutaires, le stage accompli conformément à la section II du présent chapitre est censé l'être avec fruit lorsque, au jour où la déclaration de vacance de l'emploi entre en vigueur, la durée de l'occupation en tant que contractuel correspond au moins à la durée du stage que l'intéressé aurait dû accomplir en tant qu'agent statutaire stagiaire. La nomination en tant qu'agent statutaire s'opère immédiatement.

Si, au jour où la déclaration de vacance de l'emploi, l'occupation en tant que contractuel est inférieure à la durée du stage que l'intéressé aurait dû accomplir en tant qu'agent statutaire stagiaire, la durée du stage correspond à la période manquante. Pendant ce stage raccourci, la section II du présent chapitre s'applique à l'agent statutaire stagiaire.

Si la période mentionnée à l'alinéa 2 est inférieure à trois mois, l'intéressé est dispensé d'établir un rapport de stage personnel, obligation mentionnée à l'article 25.

Le présent article ne s'applique pas lorsqu'une résiliation du contrat de travail de l'intéressé est intervenue ou qu'une dissolution de toute nature de son contrat de travail a été décidée jusqu'au jour précédent celui où la déclaration de vacance de l'emploi entre en vigueur. »

**Art. 10.** Dans le chapitre II, section IV, du même arrêté, il est inséré un article 36.10.2 rédigé comme suit :

« Art. 36.10.2 Pour calculer les périodes d'occupation en tant que contractuel ayant valeur de stage, toute période à partir du jour de l'engagement sous contrat de travail est, sans préjudice des alinéas 2 et 3, prise en considération, à l'exception de celles où le contrat de travail a été suspendu et où l'intéressé n'a de ce fait perçu aucun traitement.

Lorsque, en cas d'occupation à temps plein, l'intéressé a été absent au total 15 jours ouvrables avec ou sans interruption, les absences ultérieures pendant le stage ne sont plus prises en compte pour le calcul de la durée du stage. Le congé de vacances annuelles n'est pas considéré comme absence.

Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

**Art. 11.** Dans l'article 36.13, 1°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les mots "et en activité de service" sont abrogés.

**Art. 12.** Dans l'article 37 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° l'alinéa 3 du même paragraphe est remplacé par ce qui suit :

« Dans les cas mentionnés à l'alinéa 2, 1° et 2°, ainsi que dans les articles 10, 11.2 et 71, l'évaluation "positif" requise ne peut remonter à plus de deux ans. Dans le cas mentionné à l'alinéa 2, 3°, l'évaluation a lieu un an après la dernière évaluation. »

3° le § 2 est abrogé.

**Art. 13.** L'article 38, § 3, alinéa 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

« Si l'évaluation est "sous réserve", une évaluation "positif" ou "négatif" intervient dans le délai mentionné à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3. »

**Art. 14.** L'article 39, § 2, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le conseil de direction peut déterminer que le chef d'un service à gestion séparée procède à l'évaluation des membres du personnel dudit service à la place du secrétaire général ou de son suppléant. »

**Art. 15.** A l'article 44 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En ce qui concerne les agents contractuels du Ministère qui, sans interruption, deviennent statutaires, l'ancienneté de grade, de rang ou de niveau acquise à partir du jour de l'engagement sous contrat est calculée conformément aux dispositions de la présente section et prises en considération pour la promotion, le début de chaque ancienneté correspondant à la date à laquelle est attribuée, suivant la carrière, l'échelle de traitement découlant du niveau, du rang ou du grade. »

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3. Sont admissibles pour le calcul uniquement les services que l'intéressé a effectivement prestés, sans interruption volontaire, en tant que stagiaire, agent statutaire ou agent contractuel du Ministère de la Communauté germanophone, de l'Institut pour la formation et la formation continue des classes moyennes et les P.M.E., de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ou de l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone. »

**Art. 16.** A l'article 46 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots "L'agent" sont remplacés par les mots "Le stagiaire ou l'agent statutaire";

2° les alinéas 2 et 3 actuels deviennent les alinéas 4 et 5;

3° après l'alinéa 1<sup>er</sup> sont insérés les alinéas 2 et 3 rédigés comme suit :

« L'agent contractuel preste des services effectifs tant que l'exécution du contrat n'est pas suspendue, auquel cas il ne percevrait plus de traitement.

Par dérogation à l'alinéa 2, la période de suspension est considérée comme service effectif dans les cas suivants :

1° les absences liées à une naissance, telles que prévues aux articles 39 et 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971;

2° l'absence en raison d'une cessation concertée du travail;

3° l'absence dans le cadre d'une interruption de carrière;

4° le congé parental;

5° la dispense de service pour mission;

6° les congés prévus à l'article 117. »

**Art. 17.** L'article 47 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 47. Pour calculer les services admissibles, seuls les services effectifs sont pris en considération. Les services effectifs qui commencent le premier jour du mois et se terminent le dernier jour du mois constituent un mois d'occupation. Lors de services effectifs qui ne commencent pas le premier jour du mois ou ne se terminent pas le dernier jour du mois, 365 jours calendriers représentent douze mois d'occupation.

Lorsqu'il s'agit d'agents qui exercent leur fonction à temps partiel pour convenance personnelle ou d'agents contractuels engagés dans les liens d'un contrat de travail à temps partiel, le nombre de mois d'occupation est calculé selon les règles décrites à l'alinéa précédent et en tenant compte des taux d'occupation respectifs. Lorsque les prestations sont réduites de huit heures par semaine au plus, elles continuent d'être assimilées à une période d'activité de service avec prestations à temps plein.

N'est pris en compte comme ancienneté obtenue en additionnant tous les services admissible que le nombre entier de mois d'occupation, les décimales étant négligées. »

**Art. 18.** L'article 58, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 11 décembre 2003, est complété par la phrase suivante :

« Pour la promotion aux grades II.AA et II+.AA, le candidat doit en plus avoir une ancienneté administrative de 25 ans au moins dans le niveau. »

**Art. 19.** L'article 71 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 9 décembre 2004 et 4 septembre 2012, est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« L'agent statutaire désigné par le Gouvernement en tant que chef de département est, pendant sa désignation, rémunéré sur la base de l'échelle de traitement I/8 jusqu'à ce qu'il soit, sur la base du développement de sa carrière, rémunéré sur la base d'une échelle de traitement supérieure. Cette disposition n'a aucune influence sur le régime des promotions.

L'agent statutaire désigné chef de département par le Gouvernement et qui, en vertu des dispositions du chapitre IV, est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement I/10, I/10-59, I/10bis ou I/10bis-59 et justifie d'une ancienneté pécuniaire de 25 ans et une ancienneté pécuniaire d'au moins 10 ans en tant que chef de département bénéficie, pour la durée de sa désignation, de l'échelle de traitement I/10ter ou I/10ter-59, selon le cas. »

**Art. 20.** (Concerne le texte allemand).

**Art. 21.** A l'article 74 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° Le § 2, alinéa 2, 7°, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est remplacé par ce qui suit :

« 7° les congés prévus à l'article 117. »

**Art. 22.** L'article 81.3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est abrogé.

**Art. 23.** (Concerne le texte allemand).

**Art. 24.** Dans l'article 87.4 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le nombre "357,09" est remplacé par le nombre "616,15";

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 25.** Dans le chapitre V du même arrêté, la section 6, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est complétée par un article 87.5 rédigé comme suit :

« Art. 87.5 Par dérogation aux articles 87.2 à 87.4, le chef de département désigné par le Gouvernement qui est rémunéré conformément à l'article 71, alinéa 11, n'a pas droit à une allocation de management et d'encadrement. »



**Art. 26.** (Concerne le texte allemand.)

**Art. 27.** A l'article 106, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 6° est complété par les mots "ou perçoit un traitement d'attente" et le point est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° pour la période où un agent contractuel absent pour cause de maladie n'a pas droit au maintien de sa rémunération. »

**Art. 28.** L'article 109 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 9 décembre 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 109. Outre les congés de vacances annuelles, l'agent a droit à un congé exceptionnel pour les circonstances suivantes :

1° mariage de l'agent : 4 jours de travail;

2° accouchement de l'épouse/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement : 10 jours de travail;

3° décès du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement, d'un parent ou d'un parent de son conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement, d'un parent du premier degré ou d'un parent du premier degré de son conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement : 4 jours de travail;

4° mariage d'un enfant ou d'un enfant du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement : 2 jours de travail;

5° mariage d'un parent ou beau-parent, d'un parent du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement, de frères et sœurs, de demi-frères ou demi-sœurs ou de quasi-frères ou quasi-sœurs, d'un petit-enfant ou petit-enfant du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement : 1 jour de travail;

6° décès d'un parent du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement, qui vit sous le même toit : 2 jours de travail;

7° décès d'un parent du deuxième ou troisième degré ou d'un parent du deuxième ou troisième degré du conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement, qui ne vit pas sous le même toit : 1 jour de travail;

8° ordination ou entrée au couvent d'un enfant de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement ou tout événement religieux ou laïc assimilé : 1 jour de travail;

9° communion solennelle d'un enfant de l'agent ou de son conjoint/de la personne avec laquelle il vit maritalement ou toute cérémonie religieuse ou laïque assimilée : 1 jour de travail.

**Art. 29.** L'article 110 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est abrogé.

**Art. 30.** (Concerne le texte allemand.)

**Art. 31.** L'article 135 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 135. Les dispositions de la présente sous-section servent à transposer la Directive 2010/18/UE du Conseil du 8 mars 2010 portant application de l'accord-cadre révisé sur le congé parental conclu par BUSINESSEUROPE, l'UEAPME, le CEEP et la CES et abrogeant la Directive 96/34/CE. »

**Art. 32.** L'article 136 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 9 décembre 2004 et 4 septembre 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 136. L'agent en activité de service peut, après la naissance ou l'adoption d'un enfant, obtenir un congé parental. »

**Art. 33.** L'article 136.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 136.1 Le congé parental a une durée de quatre mois et peut, à temps plein, être fractionné par mois. Il doit être pris entièrement avant que l'enfant n'ait atteint l'âge de dix-huit ans.

Le congé parental n'est pas rémunéré; il est assimilé à une période d'activité de service.

Au terme du congé parental, le membre du personnel a le droit de revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire. »

**Art. 34.** Dans le chapitre VIII, section 5 du même arrêté, la sous-section 5.3, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, est complétée par un article 136.2 rédigé comme suit :

« Art. 136.2 Au terme du congé parental, le membre du personnel peut demander une adaptation de ses temps de travail pour une durée de six mois. Cette adaptation tient compte de l'intérêt du service et de celui de l'agent concerné en vue d'une meilleure conciliation entre vie professionnelle et familiale.

La demande visant à adapter le temps de travail sera introduite par écrit, par l'intermédiaire du supérieur hiérarchique immédiat et au moins trois semaines avant le terme du congé parental, auprès du secrétaire général ou de son suppléant; celui-ci prendra une décision en accord avec le supérieur hiérarchique immédiat.

La demande ne peut être rejetée que par une décision qui est communiquée par écrit à l'agent intéressé au moins une semaine avant la fin du congé parental. »

**Art. 35.** L'article 141, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 11 décembre 2003, est abrogé.

**Art. 36.** A l'article 172 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit : "La mission complète l'activité jusqu'alors exercée par l'agent ou la remplace en tout ou partie";

2° l'alinéa 2, est abrogé;

**Art. 37.** L'article 173 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 173 Tout agent qui en fait la demande peut obtenir une dispense de service pour mission auprès d'une autre instance nationale ou internationale.

Lorsqu'un appel aux candidats est lancé pour une mission visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'agent intéressé introduit sa candidature auprès du service compétent et en informe simultanément le ministre compétent en matière de Personnel ainsi que le secrétaire général ou son suppléant et le supérieur hiérarchique immédiat. »

**Art. 38.** A l'annexe I<sup>er</sup> du même arrêté, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le niveau II+, les lignes suivantes sont insérées :

« Travailleur social dirigeant II+.AA

Assistant dirigeant II+.AA »

2<sup>o</sup> dans le niveau II, les lignes suivantes sont insérées :

« Rédacteur dirigeant II.AA

Technicien dirigeant II.AA »

**Art. 39.** A l'annexe II du même arrêté, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> les mots "Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2018" sont remplacés par les mots "Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2017";

2<sup>o</sup> dans les échelles de traitement qui seront en vigueur à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2017 sont insérées les échelles II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10<sup>ter</sup> et I/10<sup>ter</sup>-59 qui figurent dans l'annexe 1<sup>re</sup> du présent arrêté;

3<sup>o</sup> dans les échelles de traitement qui seront en vigueur à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2017 les échelles I/11<sup>bis</sup>, I/11<sup>bis</sup>-59, I/12 et I/12-59 sont remplacées par les échelles I/11<sup>bis</sup>, I/11<sup>bis</sup>-59, I/12 et I/12-59 qui figurent dans l'annexe 1<sup>re</sup> du présent arrêté;

4<sup>o</sup> dans les échelles de traitement qui seront en vigueur à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2019 sont insérées les échelles II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10<sup>ter</sup> et I/10<sup>ter</sup>-59 qui figurent dans l'annexe 2 du présent arrêté;

5<sup>o</sup> dans les échelles de traitement qui seront en vigueur à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2019 les échelles I/11<sup>bis</sup>, I/11<sup>bis</sup>-59, I/12 et I/12-59 sont remplacées par les échelles I/11<sup>bis</sup>, I/11<sup>bis</sup>-59, I/12 et I/12-59 qui figurent dans l'annexe 2 du présent arrêté.

**Art. 40.** A l'annexe III du même arrêté, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le niveau II+, les lignes suivantes sont insérées :

« Travailleur social dirigeant II+/5 ou II+/5-59

Assistant dirigeant II+/5 ou II+/5-59 »

2<sup>o</sup> dans le niveau II, les lignes suivantes sont insérées :

« Rédacteur dirigeant II/6 ou II/6-59

Technicien dirigeant II/6 ou II/6-59 »

**Art. 41.** A l'annexe VII du même arrêté, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, il est inséré sous le niveau II+ un 20<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 20<sup>o</sup> la réussite de la formation prévue dans l'arrêté royal du 17 mai 2007 relatif à la formation et au recyclage des conseillers en prévention des services internes et externes pour la prévention et la protection au travail, si le titulaire est également porteur du certificat d'enseignement secondaire supérieur. »

CHAPITRE 2. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du "Belgisches Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone)*

**Art. 42.** Dans l'annexe 3 de l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du "Belgisches Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone), remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, les mots "Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2018" sont remplacés par les mots "Les échelles de traitement suivantes s'appliquent à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2017".

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents*

**Art. 43.** L'article 15.15 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 13 mars 2008, est remplacé par ce qui suit :

« Article 15.15 L'article 87.2, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté précité du 27 décembre 1996 est rédigé comme suit :

« § 1<sup>er</sup>. Le directeur délégué peut octroyer une allocation au membre du personnel qui assure des missions de management et d'encadrement dans un certain domaine d'activités. Si l'organisme concerné a un conseil de direction, cela se passe sur sa proposition.

Par membre du personnel, l'on entend l'agent contractuel, le stagiaire ou l'agent statutaire de l'organisme, ainsi que l'agent détaché de l'enseignement et chargé d'une mission auprès dudit organisme.

Le Gouvernement détermine, par établissement, le nombre maximum d'allocations pouvant être octroyées.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, cette allocation ne peut être accordée au directeur délégué que par le ministre compétent en matière de Personnel. »

**Art. 44.** L'article 15.16 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 13 mars 2008, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 15.16 Dans l'article 87.3 de l'arrêté précité du 27 décembre 1996, les alinéas 2 et 3 sont rédigés comme suit :

"Par dérogation au premier alinéa, le directeur délégué supprime prématurément l'allocation si le membre du personnel n'assure plus de mission de management ou d'encadrement. Si l'organisme concerné a un conseil de direction, cela se passe sur son avis ou sa proposition.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le ministre compétent en matière de Personnel supprime prématurément l'allocation lorsque le membre du personnel n'est plus directeur délégué et n'assure plus de mission de management ou d'encadrement." »

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public*

**Art. 45.** A l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 9 décembre 2004, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 2<sup>o</sup>, est remplacé par ce qui suit :

« 2<sup>o</sup> lors d'engagements en application de l'article 4 au niveau IV pour une durée de trois mois au plus; »;

2<sup>o</sup> dans le 3<sup>o</sup> du même alinéa, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3<sup>o</sup> le même alinéa est complété par un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> en cas d'engagement au service à gestion séparée "Centres communautaires" pour les secteurs sport et animation en cas d'affluence de visiteurs due aux conditions climatiques ou d'événements imprévisibles rendant impossible un appel public aux candidats, la durée de l'engagement ne pouvant dépasser trois mois. »;

4<sup>o</sup> au § 2, alinéa 2, les mots "Le Gouvernement ou, le cas échéant, le conseil d'administration" sont remplacés par les mots "Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant ou, le cas échéant, le directeur délégué".

**Art. 46.** A l'article 3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'intitulé de l'article, les mots "et période d'essai" sont abrogés;

2<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots ", qui détermine parallèlement le nombre d'engagements et une des catégories de contrats mentionnées au chapitre II" sont abrogés;

4<sup>o</sup> le § 2 est abrogé.

**Art. 47.** Dans le chapitre II du même arrêté, il est inséré un article 3.1 rédigé comme suit :

« Art. 3.1 *Généralités*

Il y a engagement dans les liens d'un contrat de travail pour couvrir tout besoin en personnel jusqu'à ce que les procédures de sélection ad hoc soient organisées en vue de pourvoir à des emplois statutaires. »

**Art. 48.** L'article 4 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4. *Remplacement*

Un remplaçant est engagé exclusivement dans les liens d'un contrat de travail pour la durée de l'absence temporaire, à temps plein ou partiel, d'un agent. »

**Art. 49.** L'article 5 du même arrêté est abrogé.

**Art. 50.** L'article 6 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6. *Tâches auxiliaires ou spécifiques*

Pour exercer les tâches auxiliaires ou spécifiques mentionnées à l'alinéa 2, seuls interviennent des engagements dans les liens d'un contrat de travail.

Sont considérées comme constituant des tâches auxiliaires ou spécifiques :

1<sup>o</sup> toutes les tâches relevant du service d'entretien;

2<sup>o</sup> le service d'accueil et de téléphonie;

3<sup>o</sup> les tâches de concierge;

4<sup>o</sup> des missions limitées dans le temps, soit spéciales soit dans le cadre de projets;

5<sup>o</sup> les formations dispensées par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

6<sup>o</sup> toutes les tâches réalisées dans les services à gestion séparée "Centre des Médias" et "Centres communautaires".

**Art. 51.** L'article 7 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 7 - *Chefs d'équipe dans les services à gestion séparée*

Pour garantir une structure organisationnelle et dirigeante efficiente au sein des services à gestion séparée "Centres communautaires" et "Centre des Médias", le secrétaire général ou son suppléant peut, pour une période renouvelable de cinq ans, désigner des chefs d'équipe parmi les collaborateurs des services concernés qui appartiennent aux niveaux II+, II et III et ont une évaluation "positif".

La désignation intervient après que le secrétaire général ou son suppléant a lancé un appel aux candidats contenant le profil exigé et que le conseil de direction a comparé l'aptitude et les capacités de tous les candidats quant à la mission de management.

Le secrétaire général ou son suppléant peut, en raison de manquements graves, mettre prématurément fin à la désignation d'un chef d'équipe, et ce, après discussion avec le conseil de direction qui aura au préalable entendu l'intéressé.

Le chef d'équipe peut en tout temps quitter ses fonctions moyennant un préavis de trois mois. »

**Art. 52.** L'article 9 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 9. Remplaçants*

Les agents contractuels engagés en application de l'article 4 sont classés au plus dans l'échelle de traitement correspondant au grade de recrutement de la carrière de l'agent à remplacer. »

**Art. 53.** Dans le chapitre III du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 5 mai 2007, il est inséré un article 9.1 rédigé comme suit :

« *Art. 9.1 Chefs d'équipe dans les services à gestion séparée*

Pendant la durée de sa désignation en tant que chef d'équipe conformément à l'article 7, le membre du personnel perçoit une allocation de chef d'équipe.

En cas d'occupation à temps plein, l'allocation correspond à la moitié de l'allocation de management et d'encadrement prévue à l'article 87.4, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents. En cas d'emploi à temps partiel, le montant est réduit au prorata.

L'allocation est liquidée en même temps que le traitement. Si aucun service effectif n'est presté pendant une période d'au moins 30 jours consécutifs, l'allocation n'est pas liquidée pour la durée de l'absence. »

**Art. 54.** Dans le chapitre III du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 5 mai 2007, il est inséré un article 9.2 rédigé comme suit :

« *Art. 9.2 Chefs de département*

Si un agent contractuel du Ministère est désigné chef de département par le Gouvernement conformément à l'article 11.2 du même arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996, il est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement I/8 durant sa désignation comme chef de département, et ce, jusqu'à ce qu'il soit rémunéré sur la base d'une échelle de traitement supérieure en application des dispositions de l'article 12 du présent arrêté. Cette disposition n'a aucune influence quant à la valorisation financière.

L'agent contractuel désigné chef de département par le Gouvernement et qui, en vertu des dispositions de l'article 12, alinéa 3, est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement I/10, I/10-59, I/10bis ou I/10bis-59 et justifie d'une ancienneté pécuniaire de 25 ans et d'une ancienneté pécuniaire d'au moins 10 ans en tant que chef de département, bénéficie, pour la durée de sa désignation, de l'échelle de traitement I/10ter ou I/10ter-59, selon le cas, et le droit à une allocation de management et d'encadrement est supprimé.

Sans préjudice des alinéas 1<sup>er</sup> et 2, l'agent contractuel qui est sélectionné via une procédure externe en vue d'assurer la direction d'un département est engagé dans le grade de recrutement du niveau auquel donne accès son diplôme et classé dans une échelle de traitement sans préjudice de l'article 9.3. »

**Art. 55.** Dans le chapitre III du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 5 mai 2007, il est inséré un article 9.3 rédigé comme suit :

« *Art. 9.3 Experts*

L'agent contractuel engagé en raison de ses connaissances techniques, de ses aptitudes professionnelles spécifiques ou de sa longue expérience professionnelle peut être rémunéré selon une échelle supérieure à celle prévue à l'article 8, § 1<sup>er</sup>; l'échelle de traitement à mentionner dans le contrat de travail correspond à une échelle existante du niveau pour lequel l'agent contractuel peut présenter un diplôme.

L'expert est classé au plus dans l'échelle de traitement suivante :

- 1° au niveau I : l'échelle de traitement I/8;
- 2° au niveau II+ : l'échelle de traitement II+/3;
- 3° au niveau II : l'échelle de traitement II/4;
- 4° au niveau III : l'échelle de traitement III/6. »

**Art. 56.** L'article 12 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 5 mai 2007, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 12. Valorisation financière*

Les agents contractuels qui sont rémunérés sur la base de l'échelle de traitement correspondant au grade de recrutement de leur carrière et ont une évaluation "positif" perçoivent une rémunération sur la base de l'échelle de traitement correspondant au premier grade de promotion de la même carrière s'ils remplissent la condition d'ancienneté pour la promotion en carrière plane d'un agent du grade de départ au grade immédiatement supérieur, telle que fixée à l'article 60 du même arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996.

Conformément à l'article 12.1 et sur la proposition du conseil de direction et, à défaut de conseil de direction, sur la proposition du directeur délégué, l'autorité compétente pour l'engagement peut accorder aux agents contractuels qui sont rémunérés sur la base de l'échelle de traitement du premier grade de promotion dans leur carrière et justifient d'une évaluation "positif", une rémunération correspondant au deuxième grade de promotion de la même carrière s'ils remplissent les conditions d'ancienneté prévues à l'article 58, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996. Si l'autorité compétente pour l'engagement est un établissement mentionné à l'article 1<sup>er</sup>, 2° à 4°, la proposition est soumise à l'approbation du Gouvernement.

Les agents contractuels des niveaux I, II+, II, III et IV qui sont rémunérés sur la base du deuxième grade de promotion de leur carrière et ont une évaluation "positif", sont rémunérés sur la base des échelles de traitement correspondantes I/10, II+/4, II/5, III/7 et IV/6 s'ils remplissent tant les conditions de promotion d'un agent prévues à l'article 58, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 que les conditions d'ancienneté telles que fixées à l'article 71 du même arrêté pour le classement dans les échelles de traitement I/10, II+/4, II/5, III/7 et IV/6.

En ce qui concerne les valorisations financières, la carrière des agents contractuels du niveau IV occupés au sein du service d'entretien est assimilée à la carrière des messagers-téléphonistes. »

**Art. 57.** Dans le chapitre III du même arrêté, il est inséré un article 12.1 rédigé comme suit :

« *Art. 12.1 Proposition de valorisation financière conformément à l'article 12, alinéa 2*

Pour l'application de l'article 12, alinéa 2, l'autorité compétente pour l'engagement fixe le nombre de valorisations financières par niveau. Après fixation du nombre de valorisations financières, le président du conseil de direction ou, à défaut de conseil de direction, le directeur délégué lance un appel aux candidats, adressé par écrit à tous les candidats

admissibles. Les candidats admissibles signent un accusé attestant la réception de l'appel aux candidats, ou l'autorité, notamment en cas d'absence du candidat, adresse l'appel aux candidats par recommandé. L'appel aux candidats prévoit un délai d'au moins 15 jours ouvrables pour introduire la candidature écrite auprès du président du conseil de direction ou, à défaut de conseil de direction, auprès du directeur délégué, et mentionne le cas échéant les renseignements et documents à transmettre.

Le conseil de direction ou, à défaut de conseil de direction, le directeur délégué, émet un avis motivé à propos de chaque candidat admissible. S'il y a plusieurs candidats admissibles, le conseil de direction ou, selon le cas, le directeur délégué, procède à un classement tenant compte, en plus de l'évaluation, tant des prestations et de l'expérience des candidats, que leur aptitude ainsi que leurs efforts de formation et de formation continue en lien avec les tâches qui leur incombent, mais aussi de l'ancienneté de service. Le conseil de direction ou, selon le cas, le directeur délégué, établit en conséquence la proposition mentionnée à l'article 12, alinéa 2, pour l'autorité compétente pour l'engagement.

Le conseil de direction ou, selon le cas, le directeur délégué communique à chaque candidat son classement. Le candidat admissible a le droit d'être entendu par le conseil de direction ou, selon le cas, le directeur délégué; il en fait la demande auprès du président du conseil de direction ou, selon le cas, auprès du directeur délégué dans un délai de 10 jours ouvrables prenant cours le jour suivant la communication du classement. Après avoir entendu tous les candidats admissibles qui en ont fait la demande, le conseil de direction ou, selon le cas, le directeur délégué change le premier classement ou le confirme. »

**Art. 58.** L'article 12.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, devient l'article 12.2, les mots " , une évaluation ayant lieu, par dérogation à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 1<sup>o</sup>, l'année précédant la valorisation financière éventuelle prévue à l'article 12 du présent arrêté et l'article 37, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 2<sup>o</sup>, n'étant pas appliqué" étant abrogés.

**Art. 59.** L'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté est abrogé.

**Art. 60.** L'annexe du même arrêté, modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, est abrogée.

**CHAPITRE 5. — Modification de l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012 modifiant l'arrêté du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'Office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm) et l'arrêté du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public**

**Art. 61.** Dans l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012 modifiant l'arrêté du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'Office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm) et l'arrêté du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, le nombre "2018" est remplacé par le nombre "2017".

**CHAPITRE 6. — Dispositions finales**

**Art. 62.** Le présent arrêté produit ses effets au 1<sup>er</sup> janvier 2017, à l'exception des articles 1<sup>er</sup> à 5, 11 à 13, 18, 20, 21, 23, 26 à 34, 36 à 38, 40, 41, 45 à 50, 59 et 60, lesquels entrent en vigueur le jour de la publication au *Moniteur belge*.

**Art. 63.** Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 19 janvier 2017.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

**Annexe 1<sup>re</sup> à l'arrêté du Gouvernement 2783/EX/VIII/A/I du 19 janvier 2017**

Barème			II/6
Augmentation	annale	3	480,61
	biennale	3	961,20
	biennale	8	540,67
Min			31.609,57
Max			40.260,36
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02



23			39.719,69
25			40.260,36

Barème			II+/5
Augmentation	annale	3	410,35
	biennale	3	820,72
	biennale	8	461,67
Min			35.649,82
Max			43.036,39
0			35.649,82
1			36.060,17
2			36.470,52
3			36.880,87
5			37.701,59
7			38.522,31
9			39.343,03
11			39.804,70
13			40.266,37
15			40.728,04
17			41.189,71
19			41.651,38
21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.036,39

Barème			II/6-59
Augmentation	annale	3	480,61
	biennale	3	961,20
	biennale	7	540,67
	biennale		1.081,34
Min			31.609,57
Max			40.801,03
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02
23			39.719,69
25			40.801,03

Barème			II+/5-59
Augmentation	annale	3	410,35
	biennale	3	820,72
	biennale	7	461,67



	biennale	1	923,34
Min			35.649,82
Max			43.498,06
0			35.649,82
1			36.060,17
2			36.470,52
3			36.880,87
5			37.701,59
7			38.522,31
9			39.343,03
11			39.804,70
13			40.266,37
15			40.728,04
17			41.189,71
19			41.651,38
21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.498,06

<b>Barème</b>			<b>I/10ter</b>
Augmentation	annale	3	935,02
	biennale	3	1.870,03
	biennale	7	1.202,18
Min.			46.370,15
Max.			63.200,56
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24
7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38
23			63.200,56

<b>Barème</b>			<b>I/10ter-59</b>
Augmentation	annale	3	935,02
	biennale	3	1.870,03
	biennale	6	1.202,18
	biennale	1	2.404,36
Min.			46.370,15
Max.			64.402,74
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24

7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38
23			64.402,74

<b>Barème</b>			<b>I/11bis</b>
Augmentation	annale	3	832,42
	biennale	3	1.664,84
	biennale	7	1.069,73
Min.			48.353,12
Max.			63.333,01
0			48 353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22
7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			63.333,01

<b>Barème</b>			<b>I/11bis-59</b>
Augmentation	annale	3	832,42
	biennale	3	1.664,84
	biennale	6	1.069,73
	biennale	1	2.139,46
Min.			48.353,12
Max.			64.402,74
0			48.353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22
7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			64.402,74

<b>Barème</b>			<b>I/12</b>
Augmentation	annale	3	887,52
	biennale	3	1.775,00
	biennale	7	1.140,54
Min.			58.329,83
Max.			74.301,17
0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			74.301,17

<b>Barème</b>			<b>I/12-59</b>
Augmentation	annale	3	887,52
	biennale	3	1.775,00
	biennale	6	1.140,54
	biennale	1	2.281,08
Min.			58.329,83
Max.			75.441,71
0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			75.441,71

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement 2783/EX/VIII/A/I du 19 janvier 2017.  
Eupen, le 19 janvier 2017.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
O. PAASCH

## Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement 2783/EX/VIII/A/I du 19 janvier 2017

Barème			II/6
Augmentation	annale	3	485,46
	biennale	3	970,91
	biennale	8	546,13
Min.			31.842,29
Max.			40.580,44
0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			40.580,44

Barème			II+/5
Augmentation	annale	3	414,50
	biennale	3	829,01
	biennale	8	466,33
Min.			35.923,35
Max.			43.384,52
0			35.923,35
1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.384,52

Barème			II/6-59
Augmentation	annale	3	485,46
	biennale	3	970,91
	biennale	7	546,13
	biennale	1	1.092,26
Min.			31.842,29
Max.			41.126,57

0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			41.126,57

<b>Barème</b>			<b>II+/5-59</b>
Augmentation	annale	3	414,50
	biennale	3	829,01
	biennale	7	466,33
	biennale	1	932,66
Min.			35.923,35
Max.			43.850,85
0			35.923,35
1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.850,85

<b>Barème</b>			<b>I/10ter</b>
Augmentation	annale	3	944,46
	biennale	3	1.888,92
	biennale	7	1.214,32
Min.			46.751,97
Max.			63.752,35
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11

11			56.466,43
13			57.680,75
15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			63.752,35

<b>Barème</b>			<b>I/10ter-59</b>
Augmentation	annale	3	944,46
	biennale	3	1.888,92
	biennale	6	1.214,32
	biennale	1	2 428,64
Min.			46.751,97
Max.			64.966,67
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11
11			56.466,43
13			57.680,75
15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			64.966,67

<b>Barème</b>			<b>I/11bis</b>
Augmentation	annale	3	840,83
	biennale	3	1.681,65
	biennale	7	1.080,53
Min.			48.841,49
Max.			63.972,64
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			63.972,64

<b>Barème</b>			<b>I/11bis-59</b>
---------------	--	--	-------------------



Augmentation	annale	3	840,83
	biennale	3	1.681,65
	biennale	6	1.080,53
	biennale	1	2.161,06
Min.			48.841,49
Max.			65.053,17
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			65.053,17

Barème			I/12
Augmentation	annale	3	896,48
	biennale	3	1.792,93
	biennale	7	1.152,06
Min.			58.918,98
Max.			75.051,63
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94
3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			75.051,63

Barème			I/12-59
Augmentation	annale	3	896,48
	biennale	3	1.792,93
	biennale	6	1.152,06
	biennale	1	2.304,12
Min.			58.918,98
Max.			76.203,69
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94

3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			76.203,69

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement 2783/EX/VIII/A/I du 19 janvier 2017.  
Eupen, le 19 janvier 2017.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
O. PAASCH

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/200749]

**19 JANUARI 2017. — Besluit van de Regering tot wijziging van verschillende statutaire en geldelijke bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en bepaalde parageenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, §§ 1 en 3, vervangen bij de bijzondere wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het "Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap);

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 4 september 2012 tot wijziging van het besluit van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREm/GRABA) en het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap van 17 oktober 2016;

Gelet op protocol nr. S7/2016 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 10 november 2016;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 10 november 2016;

Gelet op advies 60.493/3 van de Raad van State, gegeven op 22 december 2016, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende Richtlijn 2010/18/EU van de Raad van 8 maart 2010 tot uitvoering van de door BUSINESSEUROPE, UEAPME, het CEEP en het EVV gesloten herziene raamovereenkomst en tot intrekking van Richtlijn 96/34/EG;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

**HOOFDSTUK 1.** — *Wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren*

**Artikel 1.** Artikel 3, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 juli 2003, wordt vervangen als volgt :

« In afwijking van het eerste lid geschiedt een indienstneming bij arbeidsovereenkomst :

1. om een ambtenaar gedurende een tijdelijke voltijdse of deeltijdse afwezigheid te vervangen;
2. om te voldoen aan personeelsbehoeften, ongeacht de aard ervan, totdat de nodige selectieprocedures georganiseerd en afgesloten zijn om de functies door statutaire personeelsleden te laten bekleden;
3. altijd om bijkomende of specifieke opdrachten te vervullen die door de Regering vastgelegd worden. »

**Art. 2.** In hoofdstuk I, afdeling 1, van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 3.1 De benoeming van een ambtenaar geschiedt van ambtswege in een voltijds ambt. »

**Art. 3.** Artikel 5 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt : “De rangen worden aangeduid met een Romeins cijfer dat het niveau aangeeft en met een letter, waarbij de letter A of, naargelang van het geval, de letters AA de hoogste rang binnen een niveau aangeven.”

**Art. 4.** In artikel 6 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het tweede lid worden de woorden “3 rangen, van II+/C tot II+/A” vervangen door de woorden “4 rangen, van II+C tot II+AA”;
2. in het derde lid worden de woorden “3 rangen, van II/C tot II/A” vervangen door de woorden “4 rangen, van II.C tot II.AA”.

**Art. 5.** In artikel 11.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. het eerste en het tweede lid worden vervangen als volgt :

« De Regering wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar departementshoofden aan, hetzij onder de met “positief” geëvalueerde ambtenaren, contractuelen of met een opdracht voor het Ministerie belaste personeelsleden van het onderwijs of onder externe gegadigden. Op het tijdstip van de aanwijzing als departementshoofd is betrokkene houder van een diploma dat hem toegang verleent tot niveau II+ of niveau I of is betrokkene geslaagd voor een overgangsexamen voor niveau II+ of niveau I.

De aanwijzing geschiedt op de voordracht van de directieraad nadat de voorzitter van de directieraad een oproep tot de gegadigden heeft gedaan waarin het vereiste profiel is bekendgemaakt en nadat de directieraad vervolgens de geschiktheid en de vaardigheden van alle in aanmerking komende gegadigden voor de leidinggevende taak heeft vergeleken. »

2. het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

« Het departementshoofd kan zijn ambt te allen tijde neerleggen, met inachtneming van een opzegtermijn van drie maanden. »

**Art. 6.** In artikel 21, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de woorden “van de vermindering van de prestaties” opgeheven.

**Art. 7.** In artikel 22 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het tweede lid worden de woorden “15 werkdagen” vervangen door de woorden “15 werkdagen bij een voltijdse betrekking” en voorts wordt het tweede lid aangevuld met de volgende zin : “Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking aangerekend.”
2. in het derde lid worden het tweede tot en met het vijfde streepje opgeheven;
3. het vierde lid wordt opgeheven.

**Art. 8.** In hoofdstuk II van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt een afdeling 4 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 4. — Stage voor contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die zonder onderbreking in de tijd overgaan naar het statutaire dienstverband »

**Art. 9.** In hoofdstuk II, afdeling 4, van hetzelfde besluit wordt een artikel 36.10.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 36.10.1 Voor contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die zonder onderbreking in de tijd van het contractuele naar het statutaire dienstverband overgaan, geldt de stage overeenkomstig afdeling 2 van dit hoofdstuk als met succes voltooid, als de duur van het contractuele dienstverband op de dag van de inwerkingtreding van de vacantverklaring van de betrekking minstens overeenstemt met de duur van de stage die de betrokkene als kandidaat-ambtenaar zou hebben moeten doorlopen. Zijn benoeming tot ambtenaar geschiedt onmiddellijk.

Indien de duur van het contractuele dienstverband op de dag van de inwerkingtreding van de vacantverklaring van de betrekking korter is dan de duur van de stage die de betrokkene als kandidaat-ambtenaar zou hebben moeten doorlopen, stemt de duur van de stage overeen met de ontbrekende periode. Tijdens die verkorte stage is afdeling 2 van dit hoofdstuk van toepassing op de kandidaat-ambtenaar.

Indien de periode vermeld in het tweede lid minder dan drie maanden bedraagt, wordt de betrokkene vrijgesteld van de in artikel 25 vermelde verplichting om een persoonlijk rapport op te stellen.

Dit artikel is niet van toepassing wanneer – uiterlijk op de dag vóór de inwerkingtreding van de vacantverklaring van de betrekking – de arbeidsovereenkomst van de betrokkene werd opgezegd of in enigerlei vorm tot ontbinding van de arbeidsovereenkomst werd besloten. »

**Art. 10.** In hoofdstuk II, afdeling 4, van hetzelfde besluit wordt een artikel 36.10.2 ingevoegd, luidende :

« Art. 36.10.2 Voor de berekening van de perioden van het contractuele dienstverband die als stageperiode gelden, wordt – onverminderd het tweede en het derde lid – rekening gehouden met elke periode vanaf de dag van indienstneming onder arbeidsovereenkomst, met uitzondering van de perioden waarin de uitvoering van de arbeidsovereenkomst geschorst was en aan betrokkene om die reden geen loon uitbetaald werd.

Wanneer de betrokkene bij een voltijdse betrekking in het totaal 15 werkdagen al dan niet onderbroken afwezig is geweest, dan wordt geen rekening meer gehouden met de daaropvolgende afwezigheden tijdens de stage. Jaarlijkse vakantie wordt niet als afwezigheid beschouwd.

Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking aangerekend. »

**Art. 11.** In artikel 36.13, 1<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de woorden "en bevindt zich in actieve dienst" opgeheven.

**Art. 12.** In artikel 37 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2. het derde lid van dezelfde paragraaf wordt vervangen als volgt :

« In de gevallen vermeld in het tweede lid, 1<sup>o</sup> en 2<sup>o</sup>, en in de artikelen 10, 11.2 en 71 mag de vereiste evaluatie "positief" niet ouder zijn dan twee jaar. In het geval vermeld in het tweede lid, 3<sup>o</sup>, vindt de evaluatie een jaar na de laatste evaluatie plaats. »

3. paragraaf 2 wordt opgeheven.

**Art. 13.** Artikel 38, § 3, tweede lid, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt vervangen als volgt :

« Indien de evaluatie "onder voorbehoud" wordt gegeven, wordt binnen de termijn vermeld in artikel 37, § 1, derde lid, ofwel een evaluatie "positief", ofwel een evaluatie "negatief" gegeven. »

**Art. 14.** Artikel 39, § 2, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De directieraad kan vastleggen dat de personeelsleden van een dienst met afzonderlijk beheer geëvalueerd worden door het hoofd van de betrokken dienst in plaats van door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal. »

**Art. 15.** In artikel 44 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. § 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Bij contractuele personeelsleden van het Ministerie die zonder onderbreking in de tijd naar het statutaire dienstverband overgaan, worden de graadanciënniteit, de ranganciënniteit en de niveauanciënniteit vanaf de dag van de indienstneming onder arbeidsovereenkomst overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling berekend en voor de bevordering in aanmerking genomen, waarbij het begin van de betrokken dienstanciënniteit overeenstemt met de datum waarop de weddeschaal die overeenkomstig de ambtenarenloopbaan met het niveau, de rang de graad gepaard gaat, toegekend wordt. »

2. paragraaf 3 wordt vervangen als volgt :

« § 3. Voor de berekening worden alleen werkelijke diensten in aanmerking genomen die de betrokkene verricht heeft als stagiair, ambtenaar of contractueel personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap of van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap. »

**Art. 16.** In artikel 46 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het eerste lid worden de woorden "De ambtenaar wordt geacht werkelijke diensten te verrichten" vervangen door de woorden "De stagiair of ambtenaar verricht werkelijke diensten";

2. het bestaande tweede lid wordt het vierde lid en het bestaande derde lid wordt het vijfde lid;

3. in het artikel worden een nieuw tweede lid en een nieuw derde lid ingevoegd, luidende :

« Het contractueel personeelslid verricht werkelijke diensten zolang geen vorm van schorsing van de uitvoering van zijn arbeidsovereenkomst voorligt waarbij zijn loon niet wordt uitbetaald.

In afwijking van het tweede lid wordt in volgende gevallen de duur van de schorsing als werkelijke dienst in aanmerking genomen :

1. de afwezigheden in het kader van een geboorte zoals bepaald in de artikelen 39 en 42 tot 43bis van de Arbeidswet van 16 maart 1971;

2. de afwezigheid wegens een georganiseerde werkonderbreking;

3. de afwezigheid in het kader van een loopbaanonderbreking;

4. ouderschapsverlof;

5. de dienstvrijstelling voor opdracht;

6. de verloven bepaald in artikel 117. »

**Art. 17.** Artikel 47 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Art. 47. Voor de berekening van de in aanmerking komende diensten tellen alleen de werkelijke diensten mee. Werkelijke diensten die op de eerste dag van de maand beginnen en op de laatste dag van de maand eindigen, gelden als een werkmaand. Bij werkelijke diensten die niet op de eerste dag van de maand beginnen of op de laatste dag van de maand eindigen, gelden 365 kalenderdagen werkelijke diensten als twaalf werkmaanden.

Bij personeelsleden die wegens persoonlijke aangelegenheden deeltijds werken of bij contractuele personeelsleden met een deeltijdse arbeidsovereenkomst wordt het aantal werkmaanden berekend op basis van de in het vorige lid beschreven regels en met inachtneming van het betrokken tewerkstellingspercentage. Indien de werktijd met hoogstens acht uur per week wordt verminderd, worden de prestaties als voltijdse prestaties berekend.

Voor de dienstanciënniteit die uit de som van alle in aanmerking komende diensten voortvloeit, worden alleen de werkmaanden uitgedrukt in hele getallen behouden, decimalen worden buiten beschouwing gelaten. »

**Art. 18.** Artikel 58, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt aangevuld met de volgende zin :

« Voor de bevordering tot de graden II.AA en II+.AA moet de kandidaat bovendien een niveauanciënniteit van ten minste 25 jaar kunnen bewijzen. »

**Art. 19.** Artikel 71 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 9 december 2004 en 4 september 2012, wordt aangevuld met een tiende en een elfde lid, luidende :

« De door de Regering als departementshoofd aangewezen ambtenaar wordt voor de duur van zijn aanwijzing bezoldigd op basis van weddeschaal I/8 tot hij op grond van zijn loopbaanontwikkeling op basis van een hogere weddeschaal bezoldigd wordt. Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking op de regeling inzake bevorderingen.

De door de Regering als departementshoofd aangewezen ambtenaar die op grond van hoofdstuk IV op basis van de weddeschalen I/10, I/10-59, I/10bis of I/10bis-59 bezoldigd wordt, alsook een geldelijke anciënniteit van 25 jaar en een geldelijke anciënniteit als departementshoofd van minstens 10 jaar heeft, neemt voor de duur van zijn aanwijzing de weddeschaal I/10ter of, naargelang van het geval, I/10ter-59 in. »

**Art. 20.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 21.** In artikel 74 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. (geldt alleen voor de Duitse tekst);
2. (geldt alleen voor de Duitse tekst);
3. (geldt alleen voor de Duitse tekst);
4. § 2, tweede lid, 7°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt :

« 7° de verloven bepaald in artikel 117. »

**Art. 22.** Artikel 81.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

**Art. 23.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 24.** In artikel 87.4 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het eerste lid wordt het getal "357,09" vervangen door het getal "616,15";
2. in het tweede lid wordt het woord "effectieve" vervangen door het woord "werkelijke".

**Art. 25.** Hoofdstuk V, afdeling 6, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met een artikel 87.5, luidende :

« Art. 87.5 In afwijking van artikel 87.2 tot en met 87.4 heeft het door de Regering aangewezen departementshoofd dat overeenkomstig artikel 71, elfde lid, wordt bezoldigd, geen recht op een toelage voor managements- en stafopdrachten. »

**Art. 26.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 27.** In artikel 106, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in de bepaling onder 6° wordt het woord "bevindt" vervangen door de woorden "bevindt of een wachtwedde ontvangt" en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;
2. er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende :

« 7° tijdens de periode waarin een contractueel personeelslid dat afwezig is wegens ziekte geen recht op verdere uitbetaling van zijn loon heeft. »

**Art. 28.** Artikel 109 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 9 december 2004, wordt vervangen als volgt :

« Art. 109. Naast het jaarlijks vakantieverlof heeft de ambtenaar recht op bijzonder verlof naar aanleiding van de volgende gebeurtenissen :

1. huwelijk van de ambtenaar : 4 werkdagen;
2. bevalling van de echtgenote/levenspartner : 10 werkdagen;
3. overlijden van de echtgenoot/ levenspartner, een van de ouders of een van de ouders van de echtgenoot/levenspartner, een bloedverwant in de eerste graad of een bloedverwant in de eerste graad van de echtgenoot/levenspartner : 4 werkdagen;
4. huwelijk van een kind of van een kind van de echtgenoot/levenspartner : 2 werkdagen;
5. huwelijk van een van de ouders of stiefouders, huwelijk van een van de ouders van de echtgenoot/levenspartner; huwelijk van een broer of zus, halfbroer of halfzus, stiefbroer of stiefzus; huwelijk van een kleinkind of van een kleinkind van de echtgenoot/levenspartner : 1 werkdag;
6. overlijden van een bloedverwant of van een bloedverwant van de echtgenoot/levenspartner die onder hetzelfde dak woont : 2 werkdagen;
7. overlijden van een bloedverwant in de tweede of de derde graad of overlijden van een bloedverwant in de tweede of de derde graad van de echtgenoot/levenspartner die niet onder hetzelfde dak woont : 1 werkdag;



8. priesterwijding of intreden in het klooster van een kind van de ambtenaar, van zijn echtgenoot/levenspartner, of elke daarmee gelijkgestelde religieuze of vrijzinnige gebeurtenis : 1 werkdag;

9. plechtige communie van een kind van de ambtenaar, van een kind van de echtgenoot/levenspartner van de ambtenaar of elke daarmee gelijkgestelde religieuze of vrijzinnige plechtigheid : 1 werkdag. »

**Art. 29.** Artikel 110 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

**Art. 30.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 31.** Artikel 135 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt :

« Art. 135. De bepalingen van deze onderafdeling voorzien in de omzetting van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad van 8 maart 2010 tot uitvoering van de door BUSINESSEUROPE, UEAPME, het CEEP en het EVV gesloten herziene raamovereenkomst en tot intrekking van Richtlijn 96/34/EG. »

**Art. 32.** Artikel 136 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 9 december 2004 en 4 september 2012, wordt vervangen als volgt :

« Art. 136. Een ambtenaar in dienstactiviteit kan na een geboorte of een adoptie ouderschapsverlof opnemen. »

**Art. 33.** Artikel 136.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, wordt vervangen als volgt :

« Art. 136.1 Het ouderschapsverlof bedraagt vier maanden en kan voltijds in maanden opgesplitst worden. Het moet opgenomen worden voordat het kind de leeftijd van 18 jaar heeft bereikt.

Het ouderschapsverlof wordt niet vergoed en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Na afloop van het ouderschapsverlof heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie. »

**Art. 34.** Hoofdstuk VIII, afdeling 5, onderafdeling 5.3, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, wordt aangevuld met een artikel 136.2 luidende :

« Art. 136.2 De ambtenaar kan een aanpassing van zijn werktijden aanvragen voor een duur van zes maanden na afloop van het ouderschapsverlof. Bij de aanpassing van de werktijd wordt rekening gehouden met het belang van de dienst en met het belang van de betrokken ambtenaar om de verenigbaarheid van het beroepsleven en het gezinsleven te verbeteren.

De aanvraag om de werktijd aan te passen, moet minstens drie weken vóór afloop van het ouderschapsverlof, via de hiërarchische meerdere, schriftelijk ingediend worden bij de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal die de beslissing neemt in overleg met de hiërarchische meerdere.

De aanvraag kan alleen geweigerd worden bij een beslissing die de betrokken ambtenaar minstens één week voor afloop van het ouderschapsverlof schriftelijk wordt meegedeeld. »

**Art. 35.** Artikel 141, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

**Art. 36.** In artikel 172 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt de tweede zin vervangen als volgt :

« De opdracht vult een tot nu toe door de ambtenaar uitgeoefende activiteit aan of vervangt die activiteit geheel of gedeeltelijk. »;

2. het tweede lid wordt opgeheven.

**Art. 37.** Artikel 173 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt vervangen als volgt :

« Art. 173. Elke ambtenaar kan op eigen verzoek een dienstvrijstelling krijgen voor een opdracht bij een andere nationale of internationale overheid.

Indien voor een in het eerste lid bepaalde opdracht een oproep tot de kandidaten wordt gedaan, dient de belanghebbende ambtenaar zijn kandidatuur in bij de bevoegde dienst en licht hij tegelijkertijd de minister bevoegd voor Personeel, de secretaris-generaal en de hiërarchische meerdere daarvan in. »

**Art. 38.** In bijlage I van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in niveau II+ worden de volgende regels ingevoegd :

« leidend maatschappelijk werker II+.AA

leidend assistent II+.AA »

2. in niveau II worden de volgende regels ingevoegd :

« leidend opsteller II.AA

leidend technicus II.AA »

**Art. 39.** In bijlage II van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. de woorden "Vanaf 1 januari 2018 gelden de volgende weddeschalen : " worden vervangen door de woorden "Vanaf 1 januari 2017 gelden de volgende weddeschalen : ";

2. in de weddeschalen die vanaf 1 januari 2017 gelden, worden de weddeschalen II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10ter en I/10ter-59 die in bijlage 1 van dit besluit vermeld worden, ingevoegd;

3. in de weddeschalen die vanaf 1 januari 2017 gelden, worden de weddeschalen I/11bis, I/11bis-59, I/12 en I/12-59 vervangen door de weddeschalen I/11bis, I/11bis-59, I/12 en I/12-59 die in bijlage 1 van dit besluit vermeld worden;



4. in de weddeschalen die vanaf 1 januari 2019 gelden, worden de weddeschalen II/6, II/6-59, II+/5, II+/5-59, I/10ter en I/10ter-59 die in bijlage 2 van dit besluit vermeld worden, ingevoegd;

5. in de weddeschalen die vanaf 1 januari 2019 gelden, worden de weddeschalen I/11bis, I/11bis-59, I/12 en I/12-59 vervangen door de weddeschalen I/11bis, I/11bis-59, I/12 en I/12-59 die in bijlage 2 van dit besluit vermeld worden.

**Art. 40.** In bijlage III van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in niveau II+ worden de volgende regels ingevoegd :

« leidend maatschappelijk werker II+/5 of II+/5-59

leidend assistent II+/5 of II+/5-59 »

2. in niveau II worden de volgende regels ingevoegd :

« leidend opsteller II/6 of II/6-59

leidend technicus II/6 of II/6-59 »

**Art. 41.** In bijlage VII van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, worden de bepalingen over niveau II+ aangevuld met een bepaling onder 20°, luidende :

« 20° geslaagd zijn voor de opleiding bepaald in het koninklijk besluit van 17 mei 2007 betreffende de vorming en de bijscholing van de preventieadviseurs van de interne en externe diensten voor preventie en bescherming op het werk indien de houder tegelijk beschikt over een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs; »

**HOOFDSTUK 2.** — *Wijziging van het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het "Belgisches Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap)*

**Art. 42.** In bijlage 3 van het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het "Belgisches Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap), vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, worden de woorden "Vanaf 1 januari 2018 gelden de volgende weddeschalen :

« vervangen door de woorden "Vanaf 1 januari 2017 gelden de volgende weddeschalen : ».

**HOOFDSTUK 3.** — *Wijziging van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan*

**Art. 43.** Art. 15.15 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007 en vervangen bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008, wordt vervangen als volgt :

« Art. 15.15 Artikel 87.2, § 1, van het voormelde besluit van 27 december 1996 wordt vervangen door de volgende bepaling :

"§ 1. De afgevaardigd directeur kan een toelage toekennen aan een personeelslid dat managements- of stafopdrachten binnen een bepaald werkerrein vervult. Indien de betrokken instelling een directieraad heeft, geschiedt dit op voorstel van de directieraad.

Onder personeelslid wordt verstaan : een contractueel personeelslid, een stagiair of een ambtenaar van de instelling of een personeelslid dat door het onderwijs belast is met een opdracht voor de betrokken instelling.

De Regering bepaalt, per instelling, het maximale aantal toelagen dat kan worden toegekend.

In afwijking van het eerste lid kan alleen de minister bevoegd voor Personeel die toelage toekennen aan de afgevaardigd directeur." »

**Art. 44.** Artikel 15.16 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 15.16 Het tweede en het derde lid van artikel 87.3 van het bovenvermeld besluit van 27 december 1996 worden vervangen door de volgende bepalingen :

"In afwijking van het eerste lid schrapt de afgevaardigd directeur de toelage voortijdig als het personeelslid geen managements- of stafopdrachten meer vervult." Indien de betrokken instelling een directieraad heeft, geschiedt dit na advies of op voorstel van de directieraad.

In afwijking van het eerste lid schrapt de minister bevoegd voor Personeel vroegtijdig de toelage als het personeelslid geen afgevaardigd directeur meer is of geen managements- of stafopdrachten meer vervult. »

**HOOFDSTUK 4.** — *Wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut*

**Art. 45.** In artikel 2 van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 9 december 2004, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. § 1, tweede lid, 2°, wordt vervangen als volgt :

« 2° bij indienstneming in niveau IV met toepassing van artikel 4 voor ten hoogste drie maanden; »

2. in de bepaling onder 3° van hetzelfde lid wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3. hetzelfde lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

« 4° bij indienstneming in de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra" voor de sectoren Sport en Animatie wegens een toestroom aan bezoekers naar aanleiding van de weersomstandigheden of wegens onvoorspelbare omstandigheden die een openbare oproep tot de kandidaten onmogelijk maken, waarbij de duur van de indienstneming ten hoogste drie maanden bedraagt; »

4. in § 2, tweede lid, worden de woorden "De Regering resp. de beheerraad" vervangen door de woorden "De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal resp. de afgevaardigd directeur".

**Art. 46.** In artikel 3 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in het opschrift van het artikel worden de woorden "en proeftijd" opgeheven;
2. in § 1, eerste lid, worden de woorden "op basis van een schriftelijke arbeidsovereenkomst" vervangen door de woorden "via een schriftelijke arbeidsovereenkomst";
3. in het tweede lid van dezelfde paragraaf, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "en bepalen tegelijk het aantal indienstnemen en één der in hoofdstuk II vermelde overeenkomsten-categorieën" opgeheven.
4. paragraaf 2 wordt opgeheven.

**Art. 47.** In hoofdstuk II van hetzelfde besluit wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 3.1 Algemeen*

Om te voldoen aan personeelsbehoeften, ongeacht de aard ervan, totdat de nodige selectieprocedures georganiseerd worden om de functies door statutaire personeelsleden te laten bekleden, geschiedt een indienstneming bij arbeidsovereenkomst. »

**Art. 48.** Artikel 4 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« *Art. 4. Vervanging*

Voor de duur van de voorlopige vol- of deeltijdse afwezigheid van een personeelslid wordt een vervanger uitsluitend bij arbeidsovereenkomst in dienst genomen. »

**Art. 49.** Artikel 5 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 50.** Artikel 6 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« *Art. 6. Bijkomende of specifieke opdrachten*

Voor de uitoefening van de bijkomende of specifieke opdrachten vermeld in het tweede lid geschiedt uitsluitend indienstneming bij arbeidsovereenkomst.

Als bijkomende of specifieke opdrachten worden beschouwd :

1. alle taken van de huishoudkundige dienst;
2. de ontvangst- en telefoondienst;
3. huismeestertaken;
4. in de tijd beperkte bijzondere opdrachten of in de tijd beperkte projectopdrachten;
5. de opleidingen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;
6. alle taken van de diensten met afzonderlijk beheer "Mediacentrum" en "Gemeenschapscentra". »

**Art. 51.** Artikel 7 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« *Art.7 - Teamleiders in de diensten met afzonderlijk beheer*

Om een efficiënte organisatie- en leidinggevende structuur binnen de diensten met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra" en "Mediacentrum" te waarborgen, kan de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal voor een verlengbare termijn van vijf jaar teamleiders aanwijzen onder de medewerkers van de betrokken dienst die van niveau II+, II en III zijn en de evaluatie "positief" hebben gekregen.

De aanwijzing geschiedt nadat de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal een oproep tot de gegadigden heeft gedaan waarin het vereiste profiel is bekendgemaakt en nadat de directieraad vervolgens de geschiktheid en de vaardigheden van alle in aanmerking komende gegadigden voor de leidinggevende taak heeft vergeleken.

Na overleg met de directieraad, die de betrokkene vooraf gehoord heeft, kan de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal de aanwijzing van een teamleider op grond van ernstige tekortkomingen voortijdig beëindigen.

De teamleider kan zijn ambt te allen tijde neerleggen, met inachtneming van een opzegtermijn van drie maanden. »

**Art. 52.** Artikel 9 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« *Art. 9. Vervangers*

De contractuele personeelsleden die met toepassing van artikel 4 in dienst worden genomen, worden hoogstens ingeschaald in de weddeschaal van de aanwervingsgraad van de loopbaan van het te vervangen personeelslid. »

**Art. 53.** In hoofdstuk III van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 2007, wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 9.1 Teamleiders in de diensten met afzonderlijk beheer*

Tijdens de duur van zijn aanwijzing als teamleider overeenkomstig artikel 7 ontvangt het personeelslid een teamleidertoeelage.

Bij een voltijdse betrekking stemt de toelage overeen met de helft van de toelage voor het uitoefenen van management- en stafopdrachten vermeld in artikel 87.4, eerste lid, van het besluit van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren. Bij een deeltijdse betrekking wordt het bedrag evenredig verminderd in verhouding tot het tewerkstellingspercentage.

De toelage wordt tegelijk met de maandwedde uitbetaald. Als tijdens ten minste 30 opeenvolgende dagen geen werkelijke diensten verricht worden, wordt de toelage voor de duur van de afwezigheid niet uitbetaald. »

**Art. 54.** In hoofdstuk III van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 2007, wordt een artikel 9.2 ingevoegd, luidende :

« *Art. 9.2 Departementshoofd*

Indien een contractueel personeelslid van het Ministerie overeenkomstig artikel 11.2 van hetzelfde besluit van de Regering van 27 december 1996 door de Regering aangewezen wordt als departementshoofd, wordt dat personeelslid tijdens zijn aanwijzing als departementshoofd bezoldigd op basis van weddeschaal I/8 tot het met toepassing van de bepalingen van artikel 12 van dit besluit op basis van een hogere weddeschaal bezoldigd wordt. Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking op de financiële opwaardering.

Het door de Regering als departementshoofd aangewezen contractuele personeelslid dat op grond van artikel 12, derde lid, op basis van de weddeschalen I/10, I/10-59, I/10bis of I/10bis-59 bezoldigd wordt, alsook een geldelijke anciënniteit van 25 jaar en een geldelijke anciënniteit als departementshoofd van minstens 10 jaar heeft, neemt voor de duur van zijn aanwijzing de weddeschaal I/10ter of, naargelang van het geval, I/10ter-59 in en het recht op een toelage voor managements- en stafopdrachten wordt geschrapt.

Onverminderd het eerste en het tweede lid wordt het contractueel personeelslid dat via een externe procedure geselecteerd wordt om een departement te leiden, in dienst genomen in het niveau waartoe zijn diploma toegang verleent en wordt dat personeelslid onverminderd artikel 9.3 in een weddeschaal ingedeeld. »

**Art. 55.** In hoofdstuk III van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 2007, wordt een artikel 9.3 ingevoegd, luidende :

« *Art. 9.3 Deskundigen*

Het contractueel personeelslid dat in dienst wordt genomen op basis van zijn gespecialiseerde vakkennis, zijn specifieke beroepsvaardigheden of zijn jarenlange beroepservaring kan bezoldigd worden op basis van een hogere weddeschaal dan die bepaald in artikel 8, § 1, waarbij de weddeschaal die in de arbeidsovereenkomst moet worden bepaald, overeenstemt met een bestaande schaal van het niveau waarvoor het contractueel personeelslid een diploma kan voorleggen.

De deskundigen worden hoogstens in de volgende weddeschaal ingedeeld :

1. in niveau I : weddeschaal I/8;
2. in niveau II+ : weddeschaal II+/3;
3. in niveau II : weddeschaal II/4;
4. in niveau III : weddeschaal III/6. »

**Art. 56.** Artikel 12 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 2007, wordt vervangen als volgt :

« *Art. 12. Financiële opwaardering*

Contractuele personeelsleden die op basis van de weddeschaal verbonden aan de aanwervingsgraad van hun loopbaan bezoldigd worden en de evaluatie "positief" hebben, worden bezoldigd op basis van de weddeschaal verbonden aan de eerste bevorderingsgraad van dezelfde loopbaan indien ze voldoen aan de anciënniteitsvoorwaarde voor de bevordering in een vlakke loopbaan van een ambtenaar van de bevingraad tot de onmiddellijk hogere graad van zijn vlakke loopbaan vermeld in artikel 60 van hetzelfde besluit van de Regering van 27 december 1996.

Op voordracht van de directieraad of, bij gebrek aan een directieraad, op voordracht van de afgevaardigd directeur, kan de bevoegde in dienst nemende overheid de contractuele personeelsleden die op basis van de weddeschaal verbonden aan de eerste bevorderingsgraad van hun loopbaan bezoldigd worden en die de evaluatie "positief" hebben, overeenkomstig artikel 12.1 een bezoldiging op basis van de weddeschaal van de tweede bevorderingsgraad van dezelfde loopbaan toekennen indien ze voldoen aan de anciënniteitsvoorwaarden voor de bevordering van een ambtenaar bepaald in artikel 58, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering van 27 december 1996. Als de in dienst nemende overheid één van de instellingen vermeld in artikel 1, 2<sup>o</sup> tot 4<sup>o</sup>, is, wordt de goedkeuring van de Regering omtrent de voordracht gevraagd.

Contractuele personeelsleden van de niveaus I, II+, II, III en IV die op basis van de weddeschaal verbonden aan de tweede bevorderingsgraad van hun loopbaan bezoldigd worden en de evaluatie "positief" hebben, worden bezoldigd op basis van de weddeschalen I/10, II+/4, II/5, III/7 en IV/6, indien ze voldoen zowel aan de anciënniteitsvoorwaarden voor de bevordering van een ambtenaar bepaald in artikel 58, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering van 27 december 1996 als aan de anciënniteitsvoorwaarden voor de toekenning van de respectieve weddeschalen I/10, II+/4, II/5, III/7 en IV/6 bepaald in artikel 71 van hetzelfde besluit.

Voor de financiële opwaarderingen wordt de loopbaan van de contractuele personeelsleden van niveau IV die aangesteld zijn in de huishoudkundige dienst gelijkgesteld met de loopbaan van de bode-telefonisten. »

**Art. 57.** In hoofdstuk III van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 12.1 Voorstel tot financiële opwaardering overeenkomstig artikel 12, tweede lid*

Voor de toepassing van artikel 12, tweede lid, bepaalt de bevoegde in dienst nemende overheid het aantal financiële opwaarderingen per niveau. Nadat het aantal financiële opwaarderingen is bepaald, doet de voorzitter van de directieraad of, bij gebrek aan een directieraad, de afgevaardigd directeur een oproep tot de kandidaten die schriftelijk aan alle in aanmerking komende gegadigden wordt bezorgd. De in aanmerking komende gegadigden ondertekenen een bewijs dat ze de oproep tot de gegadigden hebben ontvangen of de overheid zendt de oproep tot de kandidaten, in het bijzonder wanneer de gegadigde afwezig is, per aangetekende brief toe. De oproep tot de kandidaten voorziet in een termijn van ten minste 15 werkdagen voor de indiening van een schriftelijke sollicitatie bij de voorzitter van de directieraad of, bij gebrek aan een directieraad, bij de afgevaardigd directeur en vermeldt zo nodig welke inlichtingen en documenten moeten worden meegedeeld.

De directieraad of, bij gebrek aan een directieraad, de afgevaardigd directeur maakt over elke in aanmerking komende gegadigde een met redenen omkleed advies op. Indien er verscheidene in aanmerking komende gegadigden zijn, maakt de directieraad of, naargelang van het geval, de afgevaardigd directeur een rangschikking op, waarbij rekening wordt gehouden met de evaluatie, maar daarnaast ook met de prestaties en de ervaring van de gegadigden, hun geschiktheid, hun inspanningen om opleidingen en voortgezette opleiding in samenhang met hun taken te volgen, alsook hun dienstanciënniteit. De directieraad of, naargelang van het geval, de afgevaardigd directeur doet dienovereenkomstig de in artikel 12, tweede lid, vermelde voordracht voor de in dienst nemende overheid.

De directieraad of, naargelang van het geval, de afgevaardigd directeur deelt elke gegadigde mee op welke plaats hij gerangschikt staat. De in aanmerking komende gegadigde heeft het recht door de directieraad of, naargelang van het geval, de afgevaardigd directeur te worden gehoord; de gegadigde dient de aanvraag om te worden gehoord in bij de directieraad of, naargelang van het geval, bij de afgevaardigd directeur binnen een termijn van 10 werkdagen die ingaat de dag nadat hij de mededeling van de rangschikking heeft ontvangen. Nadat alle in aanmerking komende

gegadigden die erom verzochten zijn gehoord, wordt de oorspronkelijke rangschikking door de directieraad of, naargelang van het geval, door de afgevaardigd directeur gewijzigd of bekrachtigd. »

**Art. 58.** Artikel 12.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt vernummerd tot artikel 12.2 en de woorden „, waarbij in afwijking van artikel 37, § 1, lid 2, 1°, in de loop van het jaar vóór de mogelijke financiële valorisaties bepaald in artikel 12 van voorliggend besluit een evaluatie plaatsvindt en artikel 37, § 1, lid 2, 2°, niet toepasselijk is” opgeheven.

**Art. 59.** Artikel 16, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 60.** De bijlage van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 4 september 2012, wordt opgeheven.

**HOOFDSTUK 5. — Wijziging van het besluit van de Regering van 4 september 2012 tot wijziging van het besluit van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREm/GRABA) en het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut**

**Art. 61.** In artikel 9 van het besluit van de Regering van 4 september 2012 tot wijziging van het besluit van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREm/GRABA) en het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut wordt het getal “2018” door het getal “2017” vervangen.

**HOOFDSTUK 6. — Slotbepalingen**

**Art. 62.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2017, met uitzondering van de artikelen 1 tot 5, 11 tot 13, 18, 20, 21, 23, 26 tot 34, 36 tot 38, 40, 41, 45-50, 59 en 60, die in werking treden de dag waarop ze in het *Belgisch Staatsblad* worden bekendgemaakt.

**Art. 63.** De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 19 januari 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,  
O. PAASCH

**Bijlage 1 bij het besluit van de Regering 2783/EX/VIII/A/I van 19 januari 2017**

Barema			II/6
Verhoging	jaarl.	3	480,61
	tweejaarl.	3	961,20
	tweejaarl.	8	540,67
Min			31.609,57
Max			40.260,36
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02
23			39.719,69
25			40.260,36

Barema			II+/5
Verhoging	jaarl.	3	410,35
	tweejaarl.	3	820,72
	tweejaarl.	8	461,67
Min			35.649,82

Max			43.036,39
0			35.649,82
1			36.060,17
2			36.470,52
3			36.880,87
5			37.701,59
7			38.522,31
9			39.343,03
11			39.804,70
13			40.266,37
15			40.728,04
17			41.189,71
19			41.651,38
21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.036,39

Barema			II/6-59
Verhoging	jaarl.	3	480,61
	tweejaarl.	3	961,20
	tweejaarl.	7	540,67
	tweejaarl.	1	1.081,34
Min			31.609,57
Max			40.801,03
0			31.609,57
1			32.090,18
2			32.570,79
3			33.051,40
5			34.012,60
7			34.973,80
9			35.935,00
11			36.475,67
13			37.016,34
15			37.557,01
17			38.097,68
19			38.638,35
21			39.179,02
23			39.719,69
25			40.801,03

Barema			II+/5-59
Verhoging	jaarl.	3	410,35
	tweejaarl.	3	820,72
	tweejaarl.	7	461,67
	tweejaarl.	1	923,34
Min			35.649,82
Max			43.498,06
1			35.649,82
2			36.060,17
3			36.470,52
5			36.880,87
7			37.701,59

9			38.522,31
11			39.343,03
13			39.804,70
15			40.266,37
17			40.728,04
19			41.189,71
21			41.651,38
21			42.113,05
23			42.574,72
25			43.498,06

<b>Barema</b>			<b>I/10ter</b>
Verhoging	jaarl.	3	935,02
	tweejaarl.	3	1.870,03
	tweejaarl.	7	1.202,18
Min.			46.370,15
Max.			63.200,56
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24
7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38
23			63.200,56

<b>Barema</b>			<b>I/10ter-59</b>
Verhoging	jaarl.	3	935,02
	tweejaarl.	3	1.870,03
	tweejaarl.	6	1.202,18
	tweejaarl.	1	2.404,36
Min.			46.370,15
Max.			64.402,74
0			46.370,15
1			47.305,17
2			48.240,19
3			49.175,21
5			51.045,24
7			52.915,27
9			54.785,30
11			55.987,48
13			57.189,66
15			58.391,84
17			59.594,02
19			60.796,20
21			61.998,38



Barema			I/10ter-59
23			64.402,74

Barema			I/11bis
Verhoging	jaarl.	3	832,42
	tweejaarl.	3	1.664,84
	tweejaarl.	7	1.069,73
Min.			48.353,12
Max.			63.333,01
0			48.353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22
7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			63.333,01

Barema			I/11bis-59
Verhoging	jaarl.	3	832,42
	tweejaarl.	3	1.664,84
	tweejaarl.	6	1.069,73
	tweejaarl.	1	2.139,46
Min.			48.353,12
Max.			64.402,74
0			48.353,12
1			49.185,54
2			50.017,96
3			50.850,38
5			52.515,22
7			54.180,06
9			55.844,90
11			56.914,63
13			57.984,36
15			59.054,09
17			60.123,82
19			61.193,55
21			62.263,28
23			64.402,74

Barema			I/12
Verhoging	jaarl.	3	887,52
	tweejaarl.	3	1.775,00
	tweejaarl.	7	1.140,54
Min.			58.329,83
Max.			74.301,17

0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			74.301,17

<b>Barema</b>			<b>I/12-59</b>
Verhoging	jaarl.	<b>3</b>	887,52
	tweejaarl.	<b>3</b>	1.775,00
	tweejaarl.	<b>6</b>	1.140,54
	tweejaarl.	<b>1</b>	2.281,08
Min.			58.329,83
Max.			75.441,71
0			58.329,83
1			59.217,35
2			60.104,87
3			60.992,39
5			62.767,39
7			64.542,39
9			66.317,39
11			67.457,93
13			68.598,47
15			69.739,01
17			70.879,55
19			72.020,09
21			73.160,63
23			75.441,71

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering 2783/EX/VIII/A/I van 19 januari 2017.

Eupen, 19 januari 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH

## Bijlage 2 bij het besluit van de Regering 2783/EX/VIII/A/I van 19 januari 2017

Barema			II/6
Verhoging	jaarl.	3	485,46
	tweejaarl.	3	970,91
	tweejaarl.	8	546,13
Min.			31.842,29
Max.			40.580,44
0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			40.580,44

Barema			II+/5
Verhoging	jaarl.	3	414,50
	tweejaarl.	3	829,01
	tweejaarl.	8	466,33
Min.			35.923,35
Max.			43.384,52
0			35.923,35
1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.384,52

Barema			II/6-59
Verhoging	jaarl.	3	485,46
	tweejaarl.	3	970,91
	tweejaarl.	7	546,13
	tweejaarl.	1	1.092,26
Min.			31.842,29
Max.			41.126,57

0			31.842,29
1			32.327,75
2			32.813,21
3			33.298,67
5			34.269,58
7			35.240,49
9			36.211,40
11			36.757,53
13			37.303,66
15			37.849,79
17			38.395,92
19			38.942,05
21			39.488,18
23			40.034,31
25			41.126,57

<b>Barema</b>			<b>II+/5-59</b>
Verhoging	jaarl.	<b>3</b>	414,50
	tweejaarl.	<b>3</b>	829,01
	tweejaarl.	<b>7</b>	466,33
	tweejaarl.	<b>1</b>	932,66
Min.			35.923,35
Max.			43.850,85
0			35.923,35
1			36.337,85
2			36.752,35
3			37.166,85
5			37.995,86
7			38.824,87
9			39.653,88
11			40.120,21
13			40.586,54
15			41.052,87
17			41.519,20
19			41.985,53
21			42.451,86
23			42.918,19
25			43.850,85

<b>Barema</b>			<b>I/10ter</b>
Verhoging	jaarl.	<b>3</b>	944,46
	tweejaarl.	<b>3</b>	1.888,92
	tweejaarl.	<b>7</b>	1.214,32
Min.			46.751,97
Max.			63.752,35
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11

11			56.466,43
13			57.680,75
15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			63.752,35

Barema			I/10ter-59
Verhoging	jaarl.	3	944,46
	tweejaarl.	3	1.888,92
	tweejaarl.	6	1.214,32
	tweejaarl.	1	2.428,64
Min.			46.751,97
Max.			64.966,67
0			46.751,97
1			47.696,43
2			48.640,89
3			49.585,35
5			51.474,27
7			53.363,19
9			55.252,11
11			56.466,43
13			57.680,75
15			58.895,07
17			60.109,39
19			61.323,71
21			62.538,03
23			64.966,67

Barema			I/11bis
Verhoging	jaarl.	3	840,83
	tweejaarl.	3	1.681,65
	tweejaarl.	7	1.080,53
Min.			48.841,49
Max.			63.972,64
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			63.972,64

Barema			I/11bis-59
--------	--	--	------------

Verhoging	jaarl.	3	840,83
	tweejaarl.	3	1.681,65
	tweejaarl.	6	1.080,53
	tweejaarl.	1	2.161,06
Min.			48.841,49
Max.			65.053,17
0			48.841,49
1			49.682,32
2			50.523,15
3			51.363,98
5			53.045,63
7			54.727,28
9			56.408,93
11			57.489,46
13			58.569,99
15			59.650,52
17			60.731,05
19			61.811,58
21			62.892,11
23			65.053,17

Barema			I/12
Verhoging	jaarl.	3	896,48
	tweejaarl.	3	1.792,93
	tweejaarl.	7	1.152,06
Min.			58.918,98
Max.			75.051,63
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94
3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			75.051,63

Barema			I/12-59
Verhoging	jaarl.	3	896,48
	tweejaarl.	3	1.792,93
	tweejaarl.	6	1.152,06
	tweejaarl.	1	2.304,12
Min.			58.918,98
Max.			76.203,69
0			58.918,98
1			59.815,46
2			60.711,94

3			61.608,42
5			63.401,35
7			65.194,28
9			66.987,21
11			68.139,27
13			69.291,33
15			70.443,39
17			71.595,45
19			72.747,51
21			73.899,57
23			76.203,69

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering 2783/EX/VIII/A/I van 19 januari 2017.

Eupen, 19 januari 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH